



FIGU-

ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

2. Jahrgang
Nr. 58, November 2016

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

«General» Didier Burkhalter

Schweizer Armee: Zur Verfügung der EU?

Der Freitags-Kommentar vom 21. Oktober 2016, von Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit»

Der eifrigste Ausverkäufer schweizerischer Eigenständigkeit im Bundesrat heisst Didier Burkhalter. Neuerdings entfaltet er Anstrengungen, die Schweizer Armee, also den bewaffneten Arm der seit Jahrhunderten erfolgreichen Schweizer Neutralitätspolitik der EU zu unterstellen.

Der Vertrag von Lissabon ist in der EU seit 2007 in Kraft. Er wurde damals geschaffen als Ersatz für die angestrebte, in einigen Ländern in Volksabstimmungen allerdings gescheiterte formelle EU-Verfassung.

Gasp: Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik

Der Vertrag von Lissabon enthält wichtige, sehr weitgehende Grundsätze zur aussen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der EU-Staaten. Das EU-Projekt Gasp – Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik – beruht auf diesen Lissaboner Grundsätzen.

Die darin vorgesehene sicherheitspolitische Zusammenarbeit sieht unter anderem eine uneingeschränkte militärische Beistandsverpflichtung für alle EU-Mitgliedländer vor. Diese geht weiter als die bereits innerhalb der Nato vereinbarte Beistandspflicht. Während die Nato den letzten Entscheid zur Teilnahme eines Nato-Staats an militärischen Operationen den national zuständigen Entscheidungsgremien – also den Landesregierungen und -parlamenten – vorbehält, auferlegt der Lissabon-Vertrag den EU-Mitgliedern eine unbedingte, also für alle obligatorische Beistandsverpflichtung: Wenn Brüssel Beistandspflicht verfügt, haben alle EU-Mitgliedstaaten zu folgen, in den Krieg zu ziehen – ungeachtet ihrer nationalen Interessen.

Überschuldung verzögert Umsetzung

Zwar harren viele Gasp-Grundsätze noch ihrer Umsetzung. Aus den gähnend leeren Staatskassen fast aller EU-Länder lassen sich militärische Höhenflüge nicht umgehend in die Wirklichkeit umsetzen. Aber die 2007 zu Lissabon beschlossenen Vorhaben sind verbindlich. Ihre Umsetzung ist – wenn auch schleppend – im Gang. Je tiefer sich die EU in innere Streitigkeiten verstrickt als Folge der ungelösten Überschuldungskrise, der ungelösten Eurokrise, der ungelösten Bankenkrise, der schweren Gegensätze zur Masseneinwanderung, desto offensichtlicher wachsen zu Brüssel Gelüste, eine aktive Rolle auf der Weltbühne anzustreben.

Aussenpolitischer Aktivismus um dem Zerfall zu entgehen?

Der Glaube, mittels ehrgeiziger weltpolitischer Engagements Zerfallserscheinungen im Innern in den Hintergrund abdrängen zu können, ist nichts Neues in der Weltgeschichte. Den Völkern hat ein solcher Ehrgeiz allerdings meistens Blut, Elend, Zerstörung und Verarmung beschert, nur ganz selten positivere Folgen.



Dennoch gebärt dieser Glaube, wonach aussenpolitischer Aktivismus inneren Zerfall verhindern könne, immer von neuem wieder Metastasen. Jean-Claude Juncker – heute Kapitän auf dem verlotterten, vom Absaufen bedrohten EU-Schiff – hat entsprechenden weltpolitischen Ehrgeiz längst formuliert: Die EU bedürfe einer Europäischen Armee – zunächst als Ergänzung, im Endeffekt aber als Ersatz der nationalen Armeen der EU-Mitglieder: Junckers Begründung? Auch die liegt seit einigen Jahren vor:

«Eine solche Armee würde uns helfen, eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik zu gestalten und gemeinsam die Verantwortung Europas in der Welt wahrzunehmen.» (vgl. Basler Zeitung, 18. Oktober 2016).

Machtpolitisch untermauerter Ehrgeiz soll also den EU-Exponenten Platz auf der Weltbühne und damit einen Weg aus der tödlichen EU-Krise bahnen.

Didier Burkhalter scheint fasziniert

Worte Junckers, die zu Bern zumindest den Vorsteher des Aussendepartements, Didier Burkhalter, zu elektrisieren scheinen. Burkhalter war es allerdings schon seinerzeit als Parlamentarier ein Herzensanliegen, die Schweizer Armee nicht länger als rein defensives, allein die Unversehrtheit des eigenen Landes schützendes Sicherheitsinstrument zu erhalten.

Die Neutralitätspolitik, die jeden nach aussenpolitischen Lorbeeren dürstenden Politiker zum Stillsitzen verpflichtet, befriedigte Burkhalters Ansprüche nie. Denn auch er strebt nach Weltgeltung. Daraus resultiert seine Bereitschaft, die Schweizer Armee den Gelüsten Junckers nach einer Europa-Armee dienstbar zu machen.

2017, liess Burkhalter kürzlich verlauten, werde er im Namen des Bundesrats entsprechende Verhandlungen mit Brüssel aufnehmen.

Harte Konkurrenz

Allerdings dürfte Burkhalter – offensichtlich von einem Generals-Kommando unter Junckers Polit-Regiment träumend – mit seinem Traum auf harte Konkurrenz stossen. Als eifrigste Verfechterin der Zusammenfügung der Streitkräfte der EU-Mitglieder zu einer mächtigen EU-Armee gebärdet sich seit einiger Zeit nämlich die ebenfalls mit allen Mitteln um eine Rolle auf der grossen Weltbühne kämpfende deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Sie hat kürzlich ein Weissbuch für ihre Bundeswehr veröffentlicht, dessen Sprache bemerkenswert ungeschminkt ist. Friedenspolitik wird dort insbesondere als Interventionspolitik definiert, herbeigeführt durch eine starke EU-Armee unter deutscher Führung(!). Zwar liess diese unverblümt daher kommende Wortwahl nicht wenige Verantwortungsträger in andern EU-Ländern, die sich geschichtlicher Erfahrung offenbar noch nicht völlig entfremdet haben, einigermassen erzittern.

Burkhalters Wortkünstler

Für die Schweiz interessant ist indessen, dass Didier Burkhalter seine weltpolitischen Höhenflüge mit nahezu gleichen Formulierungen präsentiert wie Frau von der Leyen. Nur kann sich Burkhalter dabei auf die in seinem Departement reichlich vorhandenen Wortkünstler stützen – auf jene Manipulatoren mit Wörtern, welche die vom Bundesrat mittels Rahmenvertrag angestrebte faktische Unterwerfung der Schweiz unter den EU-Apparat längst in unverbindliche und wohlklingende Begriffe zu kleiden verstehen.

Es sind diese Wortkünstler, welche die vom Bundesrat angestrebte «institutionelle Anbindung» der Schweiz an die EU unter dem harmlos-positiv tönenden Begriff angeblicher «Erneuerung des bilateralen Wegs» zu tarnen versuchen. Ebenso sind es Burkhalters Wortkünstler, die im Bundesrat die Überzeugung zu verankern verstanden, die im Rahmenvertrag vorgesehene automatische, von der Schweiz nicht mehr beeinflussbare Übernahme von EU-Gesetzen und EU-Beschlüssen könne dem Volk als «dynamische Anwendung von Gemeinschaftsrecht» verkauft werden. Und es sind wiederum die gleichen Wortkünstler, welche Bundesbern veranlassen, das per Rahmenvertrag der EU einzuräumende Sanktionsrecht (also ein einseitiges Recht auf Bestrafung der Schweiz) hinter dem harmlos klingenden Begriff «Ausgleichsmassnahmen» zu verstecken.

Friedenspolitik

Diese Wortkünstler kleiden – Vorbilder dazu gibt es in der Weltgeschichte genug – dem aggressiven Friedenswillen von der Leyens, die den Frieden dort als gesichert sieht, wo sie oder ihresgleichen das alleinige Sagen haben, in rein defensiv anmutende, Burkhalter-genehme, für säuselndes Vortragen geeignete Formulierungen selbstlosen Einsatzes.

Kapitän Juncker und Feldherrin von der Leyen verfolgen das Berner Geschehen bislang mit Wohlgefallen. Klar ist beiden: Gelänge es, die Schweizer Armee den geplanten, in Entstehung begriffenen EU-Streitkräften zu

unterstellen, wäre die Schweiz ihres Fundaments zur Ausgestaltung eigenständiger Politik weitgehend beraubt. Den Starken zu Brüssel gelänge es – so lautet das EU-Kalkül – danach um so leichter, ihre Absichten mit Schweizer Fussvolk im Schlepptau durchzusetzen.

Von der Leyen würde Burkhalter zweifellos in der von diesem so lange erträumten Generalsrolle belassen, in ihm aber höchstens noch ein Generälchen sehen. Dessen der EU blindlings zugeführte Armee wäre für sie aber willkommenes Kanonenfutter, mit dem es ihr um so rascher gelingen würde, ihre so heiss begehrte Rolle auf der Weltbühne gestützt auf EU-Bajonette zu erkämpfen.

21.10.2016, 18:18 von Ulrich Schlüer | 6093 Aufrufe

Quelle: http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/general_didier_burkhalter-2869

Anhang von Billy

Wenn es im Fall dazu käme, dass die Schweizer Armee zur Verfügung der EU-Diktatur stehen müsste, dann würde das zwangsläufig dazu führen, dass durch die EU-Diktatur gemäss deren Verfassung auch für die Schweiz die Todesstrafe wieder zum Zug käme, die in der Eidgenossenschaft im Zivilgesetz am 1. Januar 1942 abgeschafft und im Kriegsrecht am 20. März 1992 ebenfalls aus der Gesetzgebung getilgt, jedoch erst 1999 auch auf Verfassungsebene gelöscht wurde.

Seither setzt sich die Schweiz für eine Welt ohne Todesstrafe ein, denn sie lehnt die Todesstrafe unter allen Umständen und überall auf der Welt ab. Das Recht, die Achtung der menschlichen Würde und damit auch die Unversehrtheit und der Schutz des Lebens stehen im Zentrum der Schweizer Menschenrechtspolitik, und zwar sowohl im Inland als auch im Ausland. Mit der EDA-Strategie (Eidgenössisches Departement des Äusseren) zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe ist die Schweiz zur Beseitigung der Todesstrafe auf der ganzen Welt bemüht, wobei die Hoffnung getragen wird, dass dies bis zum Jahr 2025 Erfolg zeitigen werde. Eine Hoffnung, die allerdings kaum erfüllt werden wird, weil rund um die WELT zu viele menschenfeindliche, menschenverachtende, selbtherrliche, selbstsüchtige und schwachsinnige Todesstrafeschreier sind, die dem Glaubenswahn verfallen sind, durch Mord Rache üben zu müssen. Leider sind solche hirnkranke Elemente auch in der Schweiz zu finden, die immer wieder einmal von sich reden machen und selbst an einem Ort, wo die Todesstrafe herrscht, durch diese ihres Lebens bedroht werden müssten. Vielleicht würden sie dann erkennen, wie sehr wertvoll und unersetzlich das Leben ist, was sie dann sicher von ihrem Mord-Rachewahn abbringen würde.

Einführung der Todesstrafe durch die EU-Diktatur

Dazu siehe Sonder-Bulletin Nr. 81, vom September 2014

EU-Verfassung ermöglicht Todesstrafe und Tötung durch Militär und Sicherheitsorgane, wie auch Hinrichtungen bei «Aufstand», «Aufruhr», Demonstration und Unruhen

Die EU öffnet der Todesstrafe eine Hintertüre.

Staatsrechtler Prof. Karl Albrecht Schachtschneider warnt vor Lissabon-Vertrag: – 3.9.2009

Über das Titel-Thema «EU-Todesstrafe» folgender Wiedergabe-Auszug aus dem 588. offiziellen Kontaktgespräch vom Mittwoch, 4. Juni 2014:

Ptaah ... auch bezüglich der Internetauszüge hinsichtlich der Todesstrafe, die durch die EU-Diktatur hinterhältig eingeführt wurde, ohne dass die Bevölkerungen der einzelnen EU-Staaten und anderer Staaten etwas davon erfahren haben. Die Internet-Auszüge, die du Florena gebeten hast, um sie mir zu übermitteln, habe ich eingehend gelesen. ...

Billy Wir haben ja wegen der lausigen EU-Machenschaften schon am 5. April gesprochen, eben dass durch die EU-Diktatur geheime Pläne existieren in der Weise, dass bei Unruhen mit militärischer Gewalt gegen die EU-Bevölkerungen vorgegangen werden soll, was bedeutet, dass durch die Militärs auch das Töten von Demonstranten usw. in Kauf genommen resp. angeordnet wird. Das jedenfalls geht für mich aus dem hervor, was du gesagt hast, als ich eine Prognose in bezug auf die zukünftige Lage in Europa angesprochen habe. Unser Gespräch war folgendes:

Auszug aus dem 584. offiziellen Kontaktgespräch vom 5. April 2014

Billy Das denke ich eben, dass es so sein wird. Da habe ich jetzt aber eine andere Frage, denn ich habe etwas gelesen, nämlich eine Prognose über die zukünftige Lage, die in den nächsten Jahren in Europa resp. in der Europäischen Union droht, eben dass einiges aus dem Ruder laufen wird. Wir reden zwar schon lange nicht mehr offen über politische Angelegenheiten, doch handelt es sich dabei um die Diktatur der EU, wobei ich persönlich wissen möchte – auch im Interesse von Menschen, die mich anfragen –, wie es denn damit steht, dass die Völker sich endlich gegen diese hirn-rissige Diktatur zur Wehr setzen werden?

Ptaah Es ist unbestreitbar, dass in verschiedenen EU-Staaten schon seit geraumer Zeit soziale Unruhen herrschen, die bereits Vorläufer für weitere und sich stetig verstärkende Unruhen sind, die in den kommenden Jahren in vielen EU-Ländern immer mehr um sich zu greifen drohen, und zwar bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Und da die Vernunft des Gros der Schweizer in bezug auf die Masseneinwanderungsinitiative ein klares Wort gesprochen und gesiegt hat, wurden viele Bürger der EU-Staaten aus ihrer Lethargie und EU-Knechtschaft aufgeschreckt und haben erkannt, wie unfrei sie in der EU-Diktatur wirklich sind. Folgedem beginnt sich nunmehr immer mehr Widerstand aus den Völkern der EU zu regen, wobei unseren Berechnungen nach bei einigen EU-Völkern das Risiko in bezug auf vorbereitende Ausschreitungen in bürgerkriegsähnliche Formen bereits mit 27 Prozent zu berechnen ist. Tatsache ist beim Ganzen, dass nicht nur in der EU-Diktatur und in all den ihr angehörenden angeblich demokratischen Staaten ebenso geheime Pläne existieren – wie auch weltweit in Nicht-EU-Staaten –, die darauf hinauslaufen, dass wenn die bereits drohenden Aufstände ausbrechen, dann nicht mehr die Polizei für Ordnung sorgen soll, sondern dass effektiv alles mit böser militärischer Gewalt niedergeschlagen werden soll, wie das weltweit vielerorts auch in EU-fremden Staaten der Fall ist. ...

Schon vergessen? – Die EU führte die Todesstrafe wieder ein

von Michael Grandt

Durch die Grundrechte-Charta der Europäischen Union ist das Töten von Menschen bei Aufständen erlaubt. «Offensichtlich rechnen die Regierungen mit Aufruhr», sagte dazu der Staatsrechtler Prof. (em.) Karl Albrecht Schachtschneider.

Nennenswerte Reaktionen oder einen Aufschrei in der Mainstream-Presse gibt es in Bezug auf diesen skandalösen Umstand bis heute nicht. Auch nicht von unseren «Gutmenschen-Politikern», die ansonsten ja so bedacht auf die Einhaltung der Menschenrechte sind. Aber offensichtlich gilt dies nur, wenn man mit dem Finger auf andere zeigen kann.

Doch es ist Fakt: Die Todesstrafe kann in der EU wieder eingeführt werden und auch auf Demonstranten darf im Krisenfall scharf geschossen werden.

Das Amtsblatt der Europäischen Union (C 303/17 bis 303/18 vom 14.12.2007) veröffentlichte Erläuterungen zur Charta der Grundrechte in Bezug auf die Todesstrafe. Darin heißt es in Bezug auf Artikel 2 Absatz 2 Recht auf Leben: «Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um

- a) Jemanden gegen rechtswidrige Gewalt zu verteidigen;
- b) Jemanden rechtmässig festzunehmen oder jemandem, dem die Freiheit rechtmässig entzogen ist, an der Flucht zu hindern;
- c) Einen Aufruhr oder Aufstand rechtmässig niederschlagen.»

In der Erläuterung zu Artikel 2 des Protokolls Nr. 6 zur EMRK (Europäische Menschenrechts-Konvention) heisst es unumwunden: «Ein Staat kann in seinem Recht die Todesstrafe für Taten vorsehen, die in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr begangen werden; diese Strafe darf nur in den Fällen, die im Recht vorgesehen sind, und in Übereinstimmung mit dessen Bestimmungen angewendet werden ...»

Karl Albrecht Schachtschneider, emeritierter Professor und Staatsrechtler, der auch eine Klage gegen den europäischen Lissabon-Vertrag eingebracht hatte, erläuterte diese Ausführungen bei Focus Money:

«Die Grundrechtecharta ermöglicht ausdrücklich in den aufgenommenen «Erläuterungen» und deren «Negativdefinitionen» zu den Grundrechten, entgegen der durch das Menschenwürdeprinzip gebotenen Abschaffung der Todesstrafe in Deutschland (Art. 102 GG), Österreich und anderswo, die Wiedereinführung der Todesstrafe im Kriegsfall oder bei unmittelbar drohender Kriegsgefahr, aber auch die Tötung von Menschen, um einen Aufstand oder einen Aufruhr niederschlagen. Massgeblich dafür ist nicht Art. 2, Abs. 2 der Charta, der die Verurteilung zur Todesstrafe und die Hinrichtung verbietet, sondern die in das Vertragswerk aufgenommene

Erklärung zu diesem Artikel, die aus der Menschenrechtskonvention von 1950 stammt. Nach Art. 6, Abs. 1, UAbs. 3, EUV in der Lissabonner Fassung werden die Rechte, Freiheiten und Grundsätze der Charta gemäss den allgemeinen Bestimmungen von Titel VII der Charta, in dem die Auslegung und Anwendung derselben geregelt ist, und unter gebührender Berücksichtigung der in der Charta angeführten «Erläuterungen», in denen die Quellen dieser Bestimmungen angegeben sind, ausgelegt.»

Auf die Frage, ob den Politikern denn bewusst gewesen sei, was sie da beschliessen, antwortete Schachtschneider: «Vielleicht nicht allen. Mindestens aber der CDU/CSU-Fraktion. Ich habe extra eine nur fünfseitige Zusammenfassung meiner Klage verteilen lassen, damit die Abgeordneten nicht zu viel lesen müssen. Auch der SPD dürfte die Problematik bekannt sein, weil einer ihrer Abgeordneten, nämlich Prof. Meyer, in Nizza versucht hat, die Regelungen zu verhindern (...) Offensichtlich rechnen die Regierungen mit Aufruhr. Die Skepsis gegenüber den Regierungen und dem Apparat der EU wird immer grösser. Die Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft den Druck auf die Bevölkerung.»

Der Vertrag von Lissabon trat am 1. Dezember 2009 in Kraft.

Der gesamte Text der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten kann an dieser Stelle eingesehen werden: <http://info.kopp-verlag.de/news/schon-vergessen-die-eu-fuehrte-die-todesstrafe-wieder-ein.html>

Weitere Links: diese sind nur eine kleine Auswahl, sie können aber fast unbegrenzt weitergeführt werden:

http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Lissabon; <http://www.eu-vertrag-stoppen.de/rechtsstaat/recht.html>

<http://juergenelsaesser.wordpress.com/2009/08/27/eilt-lissabon-vertrag-ermoglicht-todesstrafe/>

<http://www.nz-online.de/artikel.asp?art=1080287&kat=4>

(c) 2016 www.gewalt-notruf.eu

J.A.T. is a free Joomla! template series, released under the GNU/GPL license.

Die Schweiz und die Europäische Union Lagebeurteilung im Herbst 2016:

21.10.2016, 17:20 von admin | EU-NO Newsletter vom 20.10.2016

Zur richtigen Einordnung der Vorgänge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union ist ein kritischer Blick auf europa- und weltpolitische Entwicklungen unabdingbar.

Das Weltgeschehen steht derzeit im Spannungsfeld sich dramatisch verändernder Kräfteverhältnisse.

Weltlage

Die Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und der Nato einerseits, Russland, China und Iran andererseits nehmen zu.

Die Türkei distanziert sich sichtlich von den USA, der EU und der Nato. Sie nähert sich Russland, China und dem Iran an. Die Haltung der Türkei ist von Sprunghaftigkeit geprägt und entsprechend schwierig berechenbar. Klar ist immerhin: Die Türkei ist zu einem nicht zu unterschätzenden Faktor der Weltpolitik geworden. Ihr Handeln ist genau zu verfolgen.

Die USA erweisen sich zumindest bis zum Antritt der neuen Administration anfangs 2017 als nur beschränkt handlungsfähige Grossmacht.

Die politische und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit verlagert sich deutlich von Europa nach Fernost.

Im Bürgerkrieg um Syrien und Irak hat die Offensive auf Mosul begonnen. Die USA, EU und Nato sehen in dieser Aktion die Schlussoffensive. Ob sich dies bewahrheitet, ist derzeit völlig offen.

Europa

Die Europäische Union befindet sich offensichtlich in einer schweren Krise, deren Ende nicht absehbar ist. Frankreich und Deutschland erweisen sich als destabilisiert als Folge der wesentlich islamisch geprägten Masseneinwanderung einerseits, der islamistischen Attentatswellen andererseits. Niemand weiss, welche Kräfte in diesen beiden EU-Leaderländern nur schon in zwei Jahren das politische Geschehen bestimmen.

Die Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel («Wir schaffen das!») ist gescheitert.

Die EU erfährt durch den beschlossenen Brexit eine offensichtliche Destabilisierung, auch wenn Versuche, diese schönzureden, noch dominieren – gerade auch in den Medien.

Die Eurokrise und die Bankenkrise bleiben völlig ungelöst. Die Schuldenberge wachsen unvermindert weiter. Insbesondere in Italien, Spanien und Portugal sind mehrere Grossbanken offensichtlich existenzbedrohend angeschlagen. Deren Zusammenbruch hätte unabsehbare Folgen für die Stabilität ihrer Länder.

Die Spaltung zwischen den westlichen und den östlichen EU-Mitgliedstaaten verschärft sich.

Die Schweiz und die EU

Die Lage der Schweiz in Europa verschlechtert sich, weil die Nicht-Umsetzung der von Volk und Ständen zum Verfassungsauftrag erhobenen Initiative gegen die Masseneinwanderung einen sich laufend vertiefenden Graben aufgerissen hat zwischen dem Souverän – also den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern – einerseits, der Bundesberner Verwaltung, dem Bundesrat, der Parlamentsmehrheit und den tonangebenden Funktionären in den Wirtschaftsverbänden andererseits.

Der Bundesrat behauptet, seine Sondierungen hätten ergeben, dass sich Brüssel Verhandlungen über Anpassungen der Personenfreizügigkeit verschliesse. Deshalb unterblieb seitens Bern die formelle Aufforderung an Brüssel, auf der Grundlage der im Personenfreizügigkeitsvertrag ausdrücklich enthaltenen Revisionsklausel Nachverhandlungen aufzunehmen. Eine solche Forderung ist beiden Vertragsparteien ausdrücklich gestattet, wenn sich die Einwanderung anders entwickelt als bei Vertragsabschluss erwartet. Die Tatsache gewordene Verzehnfachung der Einwanderung in die Schweiz kann zweifellos als drastische Veränderung der Immigrationsentwicklung bezeichnet werden.

Brüssel ist offensichtlich davon überzeugt, dass Bundesbern Brüssels Interessen gegen den von der Schweizer Stimmbevölkerung zur Einwanderung ausgedrückten Willen konsequent wahrnimmt, die vom Souverän geforderte Reduktion der Einwanderung also hintertreibt.

Die Medien spielen grossmehrheitlich das Kalkül Bundesberns mit. Sie nutzen jede Gelegenheit – Brexit, Erdogans Positionsbezüge, Putins Initiativen, Drohungen über die Streichung von Forschungsunterstützung im Rahmen des EU-Programms Horizon 2020 –, die SVP als Partei sowie Christoph Blocher und Roger Köppel persönlich auf die Anklagebank zu setzen.

Fazit

Gegen die Gegner einer weiteren Annäherung der Schweiz an die EU werden von Bundesbern und Wirtschaftsverbänden drei Fronten errichtet.

An der ersten Front wird stur unterstellt, der Entscheid des Souveräns zur Begrenzung der Einwanderung werde der Schweiz den Zugang zum EU-Binnenmarkt mit seinen fünfhundert Millionen Konsumenten verbauen.

An der zweiten Front wird nicht minder stur behauptet, die SVP wolle mit der Selbstbestimmungs-Initiative («Schweizer Recht statt fremde Richter») die Menschenrechte gleichsam «entsorgen».

Und an der dritten Front wird behauptet, der Entscheid gegen die Masseneinwanderung versperre der Schweiz den Weg zu den Forschungsprogrammen der EU und in die «Champions League» der weltweit interessanten Spitzenforschung.

Alle drei Behauptungen entbehren jeglicher Grundlage und könnten – würden sich die Medien bloss ernsthaft damit befassen – leicht widerlegt werden.

Freihandelsabkommen

Der Zugang der Schweiz zum EU-Binnenmarkt wird gewährleistet durch das 1972 abgeschlossene Freihandelsabkommen zwischen Bern und Brüssel. Dieses Abkommen wird von niemandem in der EU in Frage gestellt. Es untersteht nicht der sogenannten Guillotine-Klausel, fällt also keineswegs automatisch dahin, wenn die Schweiz aus einem Vertrag des sogenannten ersten Pakets der Bilateralen Verträge, beispielsweise aus der Personenfreizügigkeit aussteigen würde.

Der Freihandelsvertrag ist durch WTO-Abkommen (Diskriminierungsverbot) solide geschützt. Die Schweiz importiert weit mehr aus der EU als sie in die EU exportiert. Und Schweizer Firmen können die Güter und Dienstleistungen, die sie aus der EU beziehen, auch zuverlässig bezahlen – längst keine Selbstverständlichkeit mehr für Produzenten in der EU.

Selbstbestimmungs-Initiative

Die Selbstbestimmungs-Initiative will in der Bundesverfassung festschreiben, dass keine Instanz der Schweiz fremden, von Funktionären und Diplomaten ohne demokratische Legitimierung geschaffenen Vereinbarungen einen Vorrang gegenüber der Bundesverfassung einräumen darf. Die automatische Übernahme von EU-Recht und EU-Beschlüssen vorbei an Souverän und Parlament der Schweiz würde damit unterbunden.

Die Menschenrechte sind von dieser Initiative in keiner Weise betroffen; sie sind längst in der Bundesverfassung

ausdrücklich und einzeln festgeschrieben (Art. 7 bis 36). Kein Mensch fordert deren Streichung – wozu der Schweizer Souverän auch nie und nimmer bereit wäre.

Forschung

Der sogenannten «Champions League» werden die zehn weltbesten Hochschulen zugeordnet. Die Schweiz figuriert mit der ETH Zürich und der ETH Lausanne gleich zweimal auf dieser Liste der zehn besten Hochschulen, das jetzt aus der EU ausscheidende England einmal. Die Universitäten aller andern EU-Länder figurieren deutlich weiter hinten auf der Rangliste der Hochschulen.

Die Schweiz wird in dieser «Champions-League» verbleiben, wenn ihre Universitäten den wissenschaftlichen Kontakt und Austausch mit den Spitzenuniversitäten weltweit, insbesondere mit jenen in den USA und in Fern-ost sorgfältig pflegen – keineswegs aber dank Unterwerfung unter den Bürokratie-Apparat Brüssels. Und selbst diesem EU-Apparat ist klar, dass die EU-Länder den Kontakt an die Spitzenforschung weltweit nur verlieren würden, wenn sie sich mutwillig, aus ideologischer Sturheit von den beste Forschungserfolge verzeichnenden Hochschulen in der Schweiz und in England distanzieren würden.

Der bilaterale Weg

Zum sogenannten bilateralen Weg besteht zwischen Bundesbern und den Gegnern jeglicher weiteren EU-Anbindung eine grundlegende Differenz: Der Bundesrat sieht im von ihm verfolgten bilateralen Weg weiterhin nur Zwischen-Etappen auf seinem Kurs zum EU-Vollbeitritt der Schweiz. Bundesbern schafft Sachzwänge, welche die Schweiz Schritt für Schritt immer enger in den EU-Apparat einbinden sollen. Zu Beginn der Neunzigerjahre, nach dem Nein zum EWR-/EU-Beitritt hat der Bundesrat den Vollbeitritt der Schweiz zur EU zu seinem «strategischen Ziel» erklärt. Diese Zielsetzung hat er seither nie widerrufen.

Die Gegner jeglicher EU-Anbindung erachten bilaterale Verträge als den vernünftig begehren Weg, beidseitig festgestellte Probleme einer sachgerechten Lösung entgegenzuführen, die beiden Vertragspartnern politische Unabhängigkeit und eigenständige Handlungsfreiheit belässt. Damit wird die Schritt-für-Schritt-Ankettung der Schweiz an die EU vermieden. Dieser der Schweiz selbständige Handlungsfreiheit garantierende Weg wird von der Bevölkerung breit befürwortet. Ihn dazu zu missbrauchen, die Schweiz mittels Sachzwängen gezielt immer enger an die EU zu ketten, findet beim Schweizer Souverän dagegen keinerlei Akzeptanz. us/pr

Quelle: http://www.eu-no.ch/news/die-schweiz-und-die-europaeische-union_136

Die Absurdität des heutigen Kreditwesens

Veröffentlicht am 24. Oktober 2016 von dieter

von Myret Zaki, Chefredaktorin der Westschweizer Wirtschaftszeitschrift «Bilan» (zeit-fragen)

Wenn es darum geht, einen Kredit zu bekommen, ist die Diskrepanz zwischen grossen und kleinen Unternehmen besorgniserregend. Erstere finanzieren sich kostenlos auf dem Kapitalmarkt. Letztere haben grösste Mühe, einen Kredit zu erlangen; sie haben nicht die kritische Grösse, um bei den Banken zu günstigen Bedingungen einen Kredit aufnehmen zu können.

Wenn man sich bewusst macht, dass es diese kleinen Betriebe sind, die den grössten Teil der Schweizer Wirtschaft ausmachen – und dies ist in allen europäischen Ländern der Fall –, so ist diese Entwicklung zu bedauern. Darüber hinaus kann man sich fragen, ob es unter diesen Umständen noch erstaunlich ist, dass in den OECD-Ländern der wirtschaftliche Wachstumsstillstand chronisch geworden ist.

Die nicht börsenkotierten kleineren und mittleren Unternehmungen (KMU) haben überall in Europa Schwierigkeiten, von den Banken Kredite zu erhalten. Der Grund dafür sind die anspruchsvollen Anforderungen der Banken, die vertiefte Schulden- und Rentabilitätsanalysen verlangen, und zwar unabhängig vom gewünschten Kreditbetrag und von der Grösse der Firma.

Dies bedeutet hohe Bearbeitungsgebühren, die für die KMU hohe Zinsen bedeuten. In der Westschweiz belaufen sich die Zinsen für Bankkredite, sogar bei staatlich abgesicherten KMUs, auf durchschnittliche 4,5%. Man kann sich schon fragen, welche realen Risiken Banken bei einem Kredit von 200 000 Franken eingehen, wenn sie gleichzeitig auf dem Kapitalmarkt mehrere Milliarden aufs Spiel setzen.

Den hohen Kreditkosten für Kleinunternehmen steht die unglaubliche Leichtigkeit entgegen, mit der grosse Unternehmen Zugang zu riesigen Summen an Bargeld erhalten. Diese Kredite sind nicht nur kostenlos (Zinsraten nahe bei 0%), sondern vor kurzem haben Konzerne wie Henkel in Deutschland oder Sanofi in Frankreich

zum ersten Mal Anleihen zu negativen Zinsen aufgelegt. Das heisst mit anderen Worten, dass sie für ihre Verschuldung entschädigt werden!

Andere werden bald folgen und Anleihen mit Coupons tiefer als Null auflegen. Willkommen im Zeitalter der garantierten Verluste für Anleger und des Helikoptergeldes für Grossunternehmen! Solche Firmenanleihen sind möglich, weil die Europäische Zentralbank Unternehmensobligationen aufkauft. Seit Jahren versucht die EZB, das Wachstum anzukurbeln, indem sie europäische Staatsanleihen in Milliardenhöhe aufkauft. Als diese Politik nicht fruchtete, hat die EZB in diesem Jahr begonnen, Unternehmensanleihen aufzukaufen, was deren Preis ansteigen und die Rendite bis in den negativen Bereich absinken liess. Mehr als 700 Milliarden Euro an europäischen Schuldverschreibungen mit Anlagequalität, das heisst 30% des Marktes, werden bereits zu negativen Zinssätzen abgewickelt.

Welches Interesse haben nun Grossunternehmen, ihre Märkte, ihre Innovationen, ihre Effizienz auszubauen, wenn sich durch Verschuldung Geld verdienen lässt? Sie können sich damit begnügen, grundlos Geld zu leihen, anstatt aktiv Wachstum, Produktion und Arbeitsplätze zu generieren. Als es noch positive Zinssätze gab, war deren Funktion, Anreize zu schaffen, damit die Schuldnerfirma diesen Kredit auf produktive Weise arbeiten liess, um später seinen Gläubigern Kapital und Zinsen zurückzahlen und darüber hinaus für die erbrachte Arbeit einen Gewinn für sich sichern zu können. Zurzeit ist dieses Vorgehen ausgeschaltet.

Einerseits zahlen nun die KMU – die Lunge unserer Wirtschaft – hohe Zinsen, wenn sie das Glück haben, die spezifischen Bedingungen der Banken zu erfüllen. Andererseits verdienen die Grossunternehmen, die Zugang zum Kapitalmarkt haben, durch Verschuldung viel Geld. So ist es leichter zu verstehen, weshalb die Produktivität in Europa auf dem Nullpunkt ist, obwohl sie der entscheidende Faktor für die Verbesserung der Lebensbedingungen ist.

Quelle: Bilan vom 21.9.2016 (Übersetzung Zeit-Fragen)

Nun, die Multikonzerne (Aktionäre) haben sich mit Hilfe der Politik schon immer auf Kosten kleinerer Unternehmen bereichert. Einen Tante Emma Laden gibt es schon lange nicht mehr. Grosskonzerne werden alles schlucken. Die Sparer werden mit Minuszinsen und einer explodierenden Inflation enteignet.

Quelle: <http://krisenfrei.de/die-absurditaet-des-heutigen-kreditwesens/>

Diese unerträgliche ‹Demokraten-Heuchelei› von Frieden und Toleranz ...

Posted by Maria Lourdes - 23/10/2016

Wladimir Putin besuchte Angela Merkel in Berlin. Der Bundeskanzlerin fiel nichts Besseres ein, als die russischen Angriffe auf Aleppo als unmenschlich und grausam zu brandmarken.

Merkel führte aus, «... es wäre falsch zu sagen, dass sie die Geduld mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin verliere. Politische Probleme löst man nur mit Geduld. Aber das, was sich in Aleppo abspiele, sei unmenschlich und etwas, wofür man sehr schwer Worte finde ...»



Die russischen Angriffe auf Aleppo unmenschlich und grausam..! Trifft diese Definition zu?

Dazu ein interessanter Artikel von Stefan Müller, Webseite dergedankencoach

Der Ponyhof von Angela Merkel

Die Bundeskanzlerin kritisierte vor allem, dass bei den Bombardements mit russischer Beteiligung Zivilisten sicherlich nicht wirksam von Terroristen getrennt werden könnten. Mit dieser Einschätzung hat sie nicht unrecht, aber hat sie deshalb auch recht?

Denken wir an die angeblichen «smarten» Bomben, die mit übernatürlicher Präzision z.B. in den Golfkriegen militärische Ziele ausschalten und gleichzeitig die Zivilbevölkerung schonen sollten. Der Hype um diese Technologie hielt bis zum Ende des Konflikts, als die Überreste der zerissenen und verbrannten Leichen von Zivilisten entdeckt wurden.

Krieg ist niemals «smart», darüber sollte sich jeder Mensch im Klaren sein. Einen sauberen Krieg gab und gibt es nicht. Sicherlich gibt es temporäre Phasen der Zivilisiertheit, z.B. bei den Duellen von Fliegerassen im Ersten Weltkrieg, bei denen Ehrenmann gegen Ehrenmann antrat. Aber selbst über diese Zeiten sind gelegentlich andere, eher unzivilisierte Berichte im Umlauf.

Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang an einen Piloten der im Juli vom türkischen Militär abgeschossenen Mig-23 der russischen Luftwaffe. Einer der Piloten wurde von einer Miliz gefangengenommen und brutal ermordet – sinnlos und kaltblütig, einfach nur, weil die Täter es «konnten» und ein Exempel statuieren wollten. Diese Realität scheint inkompatibel mit der Weltsicht unserer Bundeskanzlerin zu sein, die anscheinend von der Möglichkeit eines «humanen Krieges» ausgeht. Die Wahrheit ist: Krieg ist die Hölle. Massaker an der Zivilbevölkerung, Hunger, Massenvergewaltigungen und Plünderungen sind das wahre, pockennarbige Gesicht des Krieges. Wer die Hitze nicht verträgt, darf eben nicht in der Küche arbeiten!

Kampfhandlungen haben ein übergeordnetes Ziel: Den Sieg zu erringen, notfalls um jeden Preis. Krieg kann nicht nach Regeln geführt werden und darüber sind sich auch alle erfahrenen Praktiker im Klaren. Nur die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht. Deshalb wird sie auch nicht verstehen, dass es gerade das Zögern und Zaudern der westlichen Alliierten war, das den Syrien-Konflikt nun seit Jahren am Lodern hält. Eine harte Vorgehensweise (im Schulterschluss mit Russland) hätte den Konflikt bereits vor Monaten beenden und damit das Leben vieler Syrer retten können. Doch geht es dem Westen überhaupt um ein Ende des Krieges, oder lediglich um die Beseitigung von Assad?

Geschichts-Pofessor Hans-Christof Kraus, (er lehrt «Neuere und Neueste Geschichte» an der Universität Passau) erkannte schon 2012 die wahren Beweggründe der USA für eine Intervention in Syrien. Nicht etwa um der bedauernswerten syrischen Bevölkerung zu helfen, sondern aus «geopolitischen Interessen wegen Gas- und Ölpipelines ...»

Fazit: Diese unerträgliche «Demokraten-Heuchelei» von Frieden und Toleranz! Man wird von vorne bis hinten zum Syrien-Krieg angelogen, wie übrigens auch beim Regime-Change in Libyen und den Angriffskriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan, zweimal Irak usw. ... All diese Kriege, sowohl als auch alle anderen vergangenen Kriege, sind in Wahrheit international gesteuerte Finanzkriege gewesen, durch mediale Meinungsmache und Gehirnwäsche initiiert und legitimiert ...

Die Aussagen von Angela Merkel zum Syrien-Konflikt enthüllen viel über ihre Innenwelt. Vielleicht glaubte und glaubt sie auch wirklich an die Richtigkeit der von ihr gestarteten «Refugees Welcome»-Wahnidee, die vor allem aus einem grenzenlosen Deutschland besteht. Naivität und Wahn sind manchmal sehr nah beieinander. Pathologisch wird es dann, wenn ein Mensch seine Ideen auch nach dem harten Check mit der Realität immer noch nicht revidiert und anpasst.

Trotz aller Kosmetik befindet sich Angela Merkel immer noch auf ihrem Ponyhof, glaubt vielleicht ernsthaft Schutzsuchenden unbeschränkt Zuflucht gewähren zu können und lehnt die harte Realität des Krieges als «grausam» und «unmenschlich» ab. Dies ist alles, aber keine Realpolitik.

Erinnern wir uns: Es gab einmal Politiker, die ernsthaft postulierten, dass Visionen in der Politik nichts zu suchen hatten. Dies war ein Fehlschluss! Anstelle dessen haben Wahnvorstellungen und linke Utopien nichts in der Politik verloren, sondern gehören in die Psychiatrien dieses Landes!

Uns Deutschen gehört dieses wunderbare Land, niemandem sonst. Wir sind das Volk, das sollten wir uns auch von keinem Mitglied der angeblichen «Elite» absprechen lassen, denn diese «Führungsfiguren» haben sich als unzulänglich erwiesen. Ebenso sollten wir uns auch unsere Meinung nicht verbieten lassen: Merkel muss weg! Merkel spaltet Europa, Merkel treibt einen Keil zwischen Europa und Russland und ebenso hat sie die Deutschen unfreiwillig zu Teilnehmern eines fragwürdigen Sozialexperimentes gemacht – von der Bankenrettung und der Energiewende ganz zu schweigen.

Ist das noch das Land, in dem wir leben wollen?

Ist das noch das Land, in dem wir unsere Kinder aufwachsen sehen wollen?

Wollen wir in diesem Land alt werden?

Quelle: <https://lupocattivoblog.com/2016/10/23/diese-unertraegliche-demokraten-heuchelei-von-frieden-und-toleranz/>

Russischer Diplomat: «USA vernichtet Infrastruktur und Zivilisten» – Prompt wird Mikro abgestellt

Sputnik; Fr, 21 Okt 2016 14:04 UTC

Nach dem jüngsten Angriff auf Aleppo wirft Russland den USA und deren Verbündeten vor, **absichtlich die syrische Infrastruktur zu vernichten und Zivilisten zu töten**.

Die von den USA angeführte Militärkoalition, die seit **mehr als zwei Jahren** Angriffe auf Syrien fliegt, «vernichtet planmässig die Infrastruktur in Syrien, greift die Zivilbevölkerung und die Armee an», sagte Alexej Borodawkin, der russische Vertreter bei der Uno und anderen internationalen Organisationen in Genf, am Freitag.

Die internationalen Einschätzungen zu Syrien seien «**von der Realität weit entfernt**», sagte der Diplomat bei einer Sondersitzung des UN-Menschenrechtsrates zur Lage in Aleppo. **Borodawkin konnte seinen Auftritt jedoch nicht beenden: Sein Mikrofon wurde sofort ausgeschaltet, als die dreiminütige Redezeit abgelaufen war.** Normalerweise informiert der Moderator den jeweiligen Redner, wenn dieser sein Limit überschreitet. Erst dann kann das Mikro deaktiviert oder aber zusätzliche Redezeit gewährt werden.

In Syrien herrscht seit 2011 Krieg, der laut Uno-Angaben bereits mehr als 280 000 Todesopfer gefordert hat. Den Regierungstruppen von Präsident Baschar al-Assad stehen vom **Westen unterstützte Rebellen**, aber auch die islamistischen Terrormilizen Daesh (auch Islamischer Staat, IS), al-Nusra-Front und andere gegenüber.

Die USA streben eine Entmachtung von Syriens Präsident Maschar al-Assad an und haben ihm auch in den vergangenen Jahren mehrmals mit militärischer Gewalt gedroht. Im September bombardierte die US-gesteuerte Militärkoalition im Raum Deir ez-Zor die syrischen Regierungstruppen – **angeblich** aus Versehen – und tötete mehr als 60 Soldaten.

In der Nacht zum Dienstag wurden in Hassajek, einem Vorort der syrischen Stadt Aleppo, durch Bomben der US-Koalition mehrere Zivilisten getötet. Nach russischen Angaben haben zwei belgische F-16-Kampffjets die Ortschaft bombardiert. Belgien bestreitet das.

Quelle: <https://de.sott.net/article/26616-Russischer-Diplomat-USA-vernichtet-Infrastruktur-und-Zivilisten-Prompt-wird-Mikro-abgestellt>

Das ist das «Freiheitsland» US-Amerika

Über 1,5 Millionen Opfer: Verdeckte US-Militärputsche seit 1945 in Lateinamerika

RT Deutsch; Sa, 18 Jul 2015 07:45 UTC

Von 1945 bis heute haben in Lateinamerika über 20 Militärputsche und ausländische Interventionen stattgefunden, zumeist unter US-Regie. Bei diesen Verbrechen gegen die Völker Lateinamerikas wurden über eine Million Menschen getötet. An den Folgen dieser Putsche und Militärinterventionen leidet Lateinamerika noch heute.

Die Blutspur der US-Militärinterventionen und Putsche überzog nach 1945 die ganze Region. Es begann mit dem Putsch von General Rojas Pinilla 1953 in Kolumbien und dem Sturz von Präsident Jacobo Árbenz 1954 in Guatemala und endet bisher mit dem Putsch gegen Präsident Fernando Lugo am 22. Juni 2012 in Paraguay. In diesem Zeitraum haben in Lateinamerika über 20 Militärputsche und ausländische Interventionen stattgefunden.

Bei diesen Verbrechen gegen die Völker Lateinamerikas wurden über eine Million Menschen getötet. Bürgerkriege und reaktionärer Staatsterror haben mehrere Millionen Lateinamerikaner zu Kriegsflüchtlingen gemacht oder ins Exil getrieben.

Die Aufstellung über Opfer der Militärinterventionen und Putsche in Lateinamerika basiert hinsichtlich der Verifizierbarkeit der Zahlen auf unterschiedlichen Quellen und Erfassungssystematiken verschiedener Länder.

Chronologie der Militärinterventionen und Putsche nach 1945:

Kolumbien: 1953 (Putsch durch General Rojas Pinilla) bis heute: 800 000 Kriegsoffer, davon 95 000 Morde, Entführungen, Folterungen und Vergewaltigungen

Paraguay: Mai 1954: Putsch durch General A. Stroessner: 50 000 Tote; bei 19 882 Verhaftungen, 18 772 Gefolterte, 30 000 Verschwundene, 400 000 Vertriebene

Guatemala: 1954 (Sturz der Regierung Jacobo Árbenz), bis 1996: 200 000 Tote, 45 000 Verschwundene, 1 000 000 Vertriebene

Kuba: April 1961 (Invasion Schweinebucht) bis heute: 3700 Tote, 104 Milliarden US-Dollar Embargo-Verluste

Brasilien: März 1964 (Putsch unter General Castello Branco) bis 1985: 3000 Tote, 200 Verschwundene, 20 000 Gefolterte
Bolivien: Putsch 1980: 500 Tote, 4000 Verhaftete
Dominikanische Republik: April 1965 (Militärintervention der USA): 4000 Tote
Uruguay: 1973 (Putsch) bis 1985: 700 Tote, 164 Verschwundene
Chile: 11. September 1973 (Putsch) bis 1990: 2100 Tote, 1100 Verschwundene, 200 000 Verhaftete, 100 000 Gefolterte, 400 000 Exilierte
Argentinien: 24. März 1976 (Putsch) bis 1982: 30 000 Tote und Verschwundene
El Salvador: 15. Oktober 1979 (Putsch) bis 1992: 75 000 Tote
Nicaragua: Somoza-Diktatur und Unterstützung der Contras: 100 000 Tote, 350 000 Kriegsflüchtlinge
Peru: 1980–2000 Aufstandsbekämpfung gegen den ›Leuchtenden Pfad‹: 60 000 Tote, 7000 Verschwundene, 1 000 000 Vertriebene, 10 000 politische Gefangene
Grenada: 1983: Militärintervention der USA: 94 Tote, 511 Verwundete
Panama: 1989: Militärintervention der USA: 3000 Tote
Venezuela: April 2002: Putsch gegen Präsident Hugo Chávez: mehr als 100 Tote
Bolivien: September 2008: Putschversuch der Separatisten in Santa Cruz, keine Zahlen bekannt
Honduras: Juni 2009: Putsch gegen Präsident Zelaya, 100 Tote
Ecuador: 30. September 2010: versuchter Staatsstreich gegen Präsident Correa: fünf Tote, 30 Verletzte
Paraguay: 2. Juni 2012, Staatsstreich gegen Präsident Bischof Fernando Lugo, keine Zahlen bekannt

Der Bürgerkrieg in Kolumbien dauert über 60 Jahre. Im Juni 1953 stürzte General Rojas Pinilla mit der Losung ›Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit‹ den 1949 an die Regierung gekommen Reaktionär Laureano Gomez, der als Anhänger Hitlers galt. Pinilla versprach, den Bürgerkrieg zu beenden. Es war aber nur eine neue Etappe der Gewalt. **Der Krieg in diesem Land ist die schlimmste menschliche Katastrophe Lateinamerikas seit den Befreiungskriegen vor 200 Jahren.** Seit 1953 wurden über 6,5 Millionen Kolumbianer zu Kriegsflüchtlingen. Mehr als eine halbe Million Kolumbianer passierten bis Januar 2011 ohne Dokumentation die Grenze nach Ecuador.

Die Härte der militärischen Auseinandersetzungen zeigt sich auch darin, dass die Guerillabewegung FARC allein im Jahr 2011 über 2100 Militäraktionen unternahm. Die Regierungsseite gab an, von 2008 bis 2011 über 7300 Kämpfer der FARC getötet oder verwundet zu haben. Bei den grausamen inneren Auseinandersetzungen in Kolumbien kamen von 2002 bis 2007 mindestens 14 000 Zivilisten ums Leben. Am 15. Juni 2012 bestätigte die Staatsanwaltschaft Kolumbiens die Existenz von 180 Massengräbern, die von den faschistoiden Paramilitärs in den Jahren 1995 und 1996 in den nordöstlichen Regionen Choco und Antioquia angelegt worden waren. Der volle Umfang der nationalen Tragödie wird sich erst nach Friedensschluss zeigen.

Bei Paraguay wird eine Methode der Militärmachthaber besonders deutlich: **Folter während der Verhöre.** Von 1982 offiziell Verhafteten wurden 18 772, also fast 95 Prozent gefoltert.

Am Beispiel von Guatemala wird erkennbar, wie schwer und kompliziert es ist, diese über mehrere Jahrzehnte dauernden Bürgerkriege in Lateinamerika zu bewerten. ›Wahrheitskommissionen‹ wie in Guatemala 1999 unter Christian Tomuschat haben eher zur Vertuschung, bestenfalls zur teilweisen Dokumentation der Verbrechen der Regime beigetragen. Die Entdeckung des Geheimarchivs aus Zeiten der Diktatur ›La Isla‹ inmitten von Guatemala-Stadt im Jahre 2005 hat gezeigt, **dass bekannte Zahlen schnell von einer noch grausameren Wirklichkeit eingeholt werden können.** Mit der Wahl von Ex-General Otto Pérez Molina zum Staatspräsidenten im September 2011 übernahm ein ›Aufstands-Bekämpfer‹, ein Täter, das oberste Amt in Guatemala.

Kuba befindet sich seit 1961 im ›Fadenkreuz der USA‹. Nach der Niederlage in der Schweinebucht 1961 verhängte Präsident John F. Kennedy im Februar 1962 eine Wirtschaftsblockade gegen Kuba. **Die USA, die Nato und auch die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland investierten Milliarden US-Dollar in Programme zum Sturz des politischen Systems in Kuba.** Die den Nato-Richtlinien untergeordnete Lateinamerikapolitik der konservativen Bundesregierung strebte aktiv einen Regime-Wechsel in Kuba an. Die Adenauer-Stiftung organisierte unter dem Titel ›Transitions-Szenarien für Kuba‹ Treffen extremistischer Gruppen von Castro-Gegnern aus Kuba und Miami. Mit der Wiedereinsetzung von Steinmeier im Dezember 2013 in das frühere Amt ist eine Fortsetzung der bisherigen Kuba-Politik zu erwarten.

In Bolivien lässt sich an den Putschen deutlich die direkte Steuerung einheimischer Militärs durch die USA ablesen, die in der Regel durch die als Militärattachés getarnte CIA-Residenten erfolgte. Präsident Víctor Paz Estenssoro hatte 1964 eine ›Todsünde‹ begangen: Er hatte sich der amerikanischen Kuba-Politik entgegen-

gestellt. 1962 stimmte Bolivien gegen den Ausschluss Kubas aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und 1964 gegen die Blockade.

Als Paz Estenssoro versuchte, Wirtschaftshilfe und Investitionen aus der Sowjetunion zu erhalten, wurde sein Sturz beschlossen. US-Oberst Edward Fox liess General René Barrientos den Putsch starten. Im Jahre 1967 half dafür die Marineinfanterie der USA bei der Suche und Ermordung von Ernesto Che Guevara. **Es folgten weitere Umstürze innerhalb der Putschregime**, bis im Januar 1971 Oberst Hugo Banzer an die Macht kam und bis 1978 regierte. Nach Banzer entwickelte sich unter der Präsidentin Lydia Geiler eine bürgerliche Demokratie. Schon im Juni 1980 erlitt Bolivien den nächsten Putsch durch General García Meza. Einen besonders grausamen Beitrag bei Verhören, Folterungen, aussergerichtlichen Tötungen spielten Hunderte Paramilitärs, «Novios de la muerte», die von Altnazi Klaus Barbie ausgebildet worden waren. Bei dem Meza-Putsch wurden laut Menschenrechtsorganisationen 500 Menschen getötet und über 4000 verhaftet. Garcia Meza und Ex-Innenminister Luis Arze Gómez wurden später rechtskräftig verurteilt, ihre Helfer nicht.

In der Dominikanischen Republik kam nach mehreren Aufständen gegen die Trujillo-Diktatur der progressive Präsident Juan Bosch im April 1964 an die Macht und wurde bereits im September 1964 wieder gestürzt. Mit einer Invasionsarmee von 40000 US-Marines wurde die spätere Diktatur von Joaquin Balaguer gesichert. Während der Kämpfe wurden 4000 Dominikaner getötet. Darunter befanden sich viele Frauen und Kinder.

Die Anzahl der Opfer in Uruguay konnten bis heute nicht definitiv bestätigt werden. Hier spielen die «Todesflüge» wahrscheinlich eine grosse Rolle. Auffallend dabei ist, dass in Argentinien (120 Fälle) mehr Uruguayer entführt wurden als in Uruguay selbst (60 Fälle). Das ist auch ein Ergebnis der verbrecherischen «Operation Condor». Die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen in Uruguay scheiterte bisher an den noch gültigen Amnestiegesetzen. Weniger als ein Dutzend Militärs wurden verurteilt.

Mit dem Putsch in Chile am 11. September 1973 begann die Diktatur des Generals Augusto Pinochet, die bis zum 11. März 1990 dauerte. Unter den 3000 Toten befanden sich hunderte Militärs, die verfassungstreu zu Präsident Salvador Allende standen. Darunter unbekannte Soldaten aller Dienstgrade bis hin zu Generälen wie René Schneider (getötet am 25. Oktober 1970), Carlos Pratts (getötet am 30. September 1974) oder Alberto Bachelet (getötet am 12. März 1974), dem Vater der derzeitigen Präsidentin Chiles. Nur wenige Militärs, überwiegend ehemalige Mitarbeiter des Geheimdienstes, wurden vor Gericht zur Verantwortung gezogen. Chile lebt in der Postdiktatur mit der Verfassung von Pinochet. Mit dem Sieg der Kandidatin der «Nueva Mayoría» (Neue Mehrheit), Michelle Bachelet, am 15. Dezember 2013, besteht die Möglichkeit, die Aufarbeitung der Diktatur entscheidend voranzubringen, wenn es gelingt, die Verfassung zu ändern.

Der Militärputsch von General Videla, Admiral Massera und General Agosti am 24. März 1976 in Argentinien etablierte einen Staatsterror, der über 30000 Todesopfer zur Folge hatte. Das betraf auch viele politische Flüchtling aus Uruguay, Chile, Bolivien und Paraguay, die im Rahmen der «**Operation Condor**» auf dem Boden **Argentiniens** entführt, gefoltert oder getötet wurden. Mit der Regierung von Präsident Néstor Kirchner im Jahre 2003 und der Aufhebung der Amnestiegesetze durch das Verfassungsgericht begann in Argentinien die Strafverfolgung der Gewaltverbrechen während der Militärdiktatur in einer neuen Qualität. Über 1000 Militärs mussten sich vor Gericht verantworten. **Die Rolle von grossen Unternehmen, auch deutscher wie Daimler Benz während der argentinischen Militärdiktatur, ist noch juristisch aufzuarbeiten.**

Befasst man sich mit Nicaragua, muss man bis 1925 zurückgehen. Von 1926 bis 1933 kämpfte «El pequeño ejército loco» (Das kleine verrückte Heer) unter Augusto Sandino gegen die Eindringlinge aus den USA. Dieser heroische Befreiungskrieg forderte 40 000 Menschenleben, in der Mehrzahl Bauern. Die Bezeichnung für die Patrioten des Heeres von Sandino habe ich von dem Argentinier Gregorio Selzer übernommen. Die Somoza-Diktatur hinterliess 50 000 Tote. Das Land wurde durch offene Kriegshandlungen, Bombardierungen und Beschuss durch Flugzeuge «unbekannter Nationalität» oder verminte Häfen, finanzielle Blockade, Sabotage und Zerstörung von Infrastruktur, Zuckerfabriken, Lebensmitteldepots und Kaffeefeldern verwüstet. 1986 verklagte die sandinistische Regierung vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag die USA. Diese wurden zu 1,7 Milliarden US-Dollar Schadenersatz verurteilt. **Die US-Administration erkannte das Urteil nicht an.**

Bei El Salvador muss man in die 30er Jahre zurückgehen. Im Jahre 1932 erhoben sich Tausende Bauern gegen ihre inländischen und ausländischen Ausbeuter. Farabundo Martí kehrte aus dem Exil zurück. Bei der Niederschlagung des Aufstands wurden 30 000 Bauern getötet («La Matanza» – Das Gemetzel). Farabundo Martí wurde standrechtlich erschossen. In dem Bürgerkrieg von 1979 bis 1992 wurden weitere 75 000 Menschen getötet.

Am Beispiel der kleinen Insel Grenada ($\frac{1}{3}$ der Fläche der Insel Rügen) manifestierte im Oktober 1983 die Grossmacht USA ihre hysterische Angstkampagne vor dem «Internationalen Kommunismus». Am 25. Oktober

besetzten 7600 US-Soldaten unter Befehl von General Norman Schwarzkopf die Insel mit dem Ziel, ein «zweites Kuba» zu verhindern. An der Invasionsarmee waren auch symbolische Kontingente einiger Karibikstaaten beteiligt. Unter den fast hundert Todesopfern waren 25 Kubaner, weitere 59 wurden verwundet. Die amerikanische Invasionsarmee hatte 19 Tote und 116 Verwundete, hauptsächlich Opfer der Flugzeugabstürze ausserhalb von Kampfhandlungen.

Nach der «Unabhängigkeit» von Panama im Jahre 1903 sind die USA dann 1989 zum siebten Mal in dieses Land eingefallen. Die Supermacht siegte in wenigen Stunden über eine der kleinsten Armeen Lateinamerikas. Über 3000 Menschen wurden getötet. Bei der Panama-Invasion wurden 23 Amerikaner getötet, 324 verwundet.

Wir befassen uns heute mit dem Thema «Aufarbeitung der Militärdiktaturen» deshalb, weil einige nationale Konflikte immer noch militärisch weitergeführt werden. **Das Töten, Vertreiben und Unterdrücken ist noch nicht beendet worden.** Und nach Honduras 2009, Bolivien 2010, Ecuador 2011 und Paraguay 2012 wird deutlich, **dass Putsch und Militärintervention von den USA trotz offensichtlichen Machtverlustes in Lateinamerika weiter als wirksames Instrument zur Durchsetzung ihres Einflusses und ihrer Interessen angesehen werden.**

Andreas von Bülow, Staatssekretär im Bundesministerium für Verteidigung der BRD von 1976 bis 1980, bewertete den «CIA-Putsch in Guatemala und Chile als Schablone für den Umsturz in Lateinamerika in den nächsten Jahrzehnten.» Das kulminierte in folgender Maxime einiger US-Administrationen: Mit dem «Faschismus gegen den Kommunismus». Die USA wurden zur Hauptquelle des Terrors in Lateinamerika.

Staatsstrieche auf diesem Kontinent wurden in der Regel durch Bündnisse von Militärs mit der einheimischen Oligarchie, Grossgrundbesitzern und dem Grossbürgertum möglich. Wie schon 1933 einige Teile der deutschen Gesellschaft es in ihrem Antikommunismus erlaubt hatten, dass der deutsche Faschismus an die Macht kam und zum 2. Weltkrieg und zum Holocaust führte, erlaubten es immer wieder Teile der Gesellschaft mehrerer Staaten Lateinamerikas im Rahmen der Ost-West-Auseinandersetzung den Militärs und Sicherheitsapparaten, «schmutzige Kriege» gegen das eigene Volk zu führen. Das geschah in der Regel im «Kampf gegen den Kommunismus» und um ein «zweites Kuba» zu verhindern.

Nach Ruth Fuchs ist «die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen» das zentrale Problem und Indikator beim Übergang zur Demokratie. Nur wenn die Täter entmachtet wurden, die von den Tätern erlassenen Amnestiegesetze aufgehoben wurden und die «Straflosigkeit» annulliert wurde, konnte eine wahre Aufarbeitung erreicht werden. Das ist nicht nur eine Angelegenheit der Völker Lateinamerikas. **Auch die bürgerlichen Demokratien Europas sollten sich noch heute fragen, inwieweit durch eine in den Zusammenhang der Ost-West-Auseinandersetzung eingebettete wohlwollende Haltung gegenüber den Diktaturen Lateinamerikas durch Regierungen Westeuropas, einschliesslich der Bundesrepublik Deutschland, das Morden in Lateinamerika gefördert wurde.**

So wird eine von den Diktaturen und ihren Hintermännern nördlich des Rio Grande bereits vor 40 Jahren angewandte Methode – die «gezielten Tötungen» – in unserer Zeit verstärkt praktiziert. Diese Methode wurde angewandt bei der Ermordung des Allende-treuen chilenischen Generals Carlos Pratts im September 1974 in Buenos Aires, am 24. Mai 1981 bei der Ermordung des Präsidenten Ecuadors, Jaime Roldos und zwei Monate später bei der Ermordung des Präsidenten Panamas, Omar Torrijos, am 31. Juni 1981.

Wie sind die Völker Lateinamerikas mit diesen Tragödien umgegangen? Militärdiktaturen und Militärregierungen gehören zur traumatischen Erfahrung vieler Generationen in fast allen Ländern dieser Region. In Lateinamerika haben nur in elf Ländern «Comisiones de Verdad» (Wahrheitskommissionen) gearbeitet. In wenigen Ländern sind solche Ergebnisse erreicht worden wie in Argentinien, wo etwa 1000 Militärs der Prozess gemacht wurde. In dieser Arbeit wurden gesicherte Daten zu Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. **Mit Zahlen kann man die Verbrechen nur unzureichend beschreiben. Die Repression umfasste auch die Aufhebung bürgerlicher Rechte, das Verbot der politischen Betätigung, das Verbot von Parteien und Organisationen, Isolierung, Angst, sexuelle Gewalt und andere Repressalien.**

Aktualisierte Fassung eines Vortrages aus Heft 181 der Pankower Vorträge der Hellen Panke vom 22/23. Juni.

Anmerkung zum Autor: Dr. Winfried Hansch ist Autor zahlreicher Studien zu Lateinamerika, speziell zu Argentinien, Mexiko und Beziehungen USA – Lateinamerika. Er war elf Jahre im Diplomatischen Dienst der DDR in Argentinien (1977–1982) und Mexiko (1985–1990) tätig. Seit 2007 ist er Vorsitzender der Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft. Dieser Artikel ist zuerst auf amerika21.de erschienen. Er wird im Rahmen einer Content-Partnerschaft auf rtdeutsch.com publiziert.

Quelle: <https://de.sott.net/article/26265-Uber-1-5-Millionen-Opfer-Verdeckte-US-Militarputsche-seit-1945-in-Lateinamerika>

3-D Display: Britische Forscher lassen Bilder in der Luft schweben

golem.de; Di, 25 Okt 2016 11:48 UTC

Das Smiley im Raum ist keine Illusion wie Tupac Shakur – die Bildpunkte schweben im freien Raum. Das von britischen Forschern entwickelte 3D-Display nutzt Ultraschall und elektrische Felder, um Inhalte dreidimensional im Raum darzustellen.

Schwebende Pixel, die ein Bild erzeugen: Britische Forscher haben ein Verfahren entwickelt, um Bilder oder Text frei schwebend im Raum darzustellen. Anders als etwa der Auftritt von Tupac Shakur beim Coachella-Festival 2012 ist dieses 3D-Display keine Illusion. Es könnte beispielsweise auf öffentlichen Plätzen eingesetzt werden. Bildpunkte des Displays, Voxel genannt (aus Volumetric und Pixel) sind kleine Kugeln, die zur einen Hälfte weiß, zur anderen rot sind. In der Schwebe gehalten werden sie von Ultraschallquellen. Sie sind über und unter dem Display sowie in mehreren Reihen angeordnet und erzeugen unhörbare Schallwellen, die die Kugeln in der Schwebe halten.

Die Voxel werden gedreht

Die Voxel sind mit leitfähigem Titandioxid beschichtet. Vor und hinter dem Display befinden sich durchsichtige Elektroden. Sie erzeugen ein elektrisches Feld, mit dem die Kugeln gedreht werden können.

Durch Ansteuerung der Ultraschallquellen können die Voxel auf verschiedene Positionen im dreidimensionalen Raum bugsiiert werden. Über die Elektroden wird die Farbe verändert. Die Darstellungsqualität des Joled-Displays ist derzeit jedoch noch eingeschränkt: Die Auflösung beträgt 6 x 7 Voxel und es stellt zwei Farben dar.

Das Display soll vielfarbig werden

Die Farben wollten sie verbessern, sagt Projektleiter Sriram Subramanian von der Universität von Sussex in Brighton in Südengland. Sie suchten nach Möglichkeiten, das Display vielfarbig zu machen und ihm eine grössere Farbtiefe zu verleihen.

Gedacht ist das System etwa für den öffentlichen Raum, für Parks beispielsweise. «Wir wollen untersuchen, wie ein solches Display dazu eingesetzt werden könnte, um Inhalte auf Abruf zu darzustellen», sagt Subramanian. So könnte der Bildschirm plötzlich vor dem Nutzer erscheinen, ein Bild, einen Text oder ein Video abspielen – und danach würden die Voxel einfach auf den Boden fallen.

Seifenblasen dienen als multisensorisches Display

Subramanian hat schon mehrere ungewöhnliche Displays entwickelt. Sensabubble nutzt mit Dampf gefüllte Seifenblasen. Diese dienen zunächst als Projektionsfläche. Platzen sie, verströmen sie einen Duft.

Joled ist in Kooperation der Universität von Sussex mit der Universität von Bristol entstanden. Die Forscher wollen ihren Prototypen in der kommenden Woche beim ACM User Interface Software and Technology Symposium vorstellen.

Quelle: <https://de.sott.net/article/26670-3-D-Display-Britische-Forscher-lassen-Bilder-in-der-Luft-schweben>

Weltuntergangsstimmung , Arroganz und komplette Ahnungslosigkeit – die Reaktionen der deutschen Medien auf Trumps Wahlsieg

10. November 2016 um 12:02 Uhr | Verantwortlich: Jens Berger

Während die US-Medien den Wahlsieg Donald Trumps überwiegend erstaunlich gleichmütig aufgenommen haben, wirken Deutschlands Edelfedern wie ein Haufen aufgeschreckter Hühner im Angesicht des geifernden Fuchses. Panik und Weltuntergangsstimmung allenthalben. Die Eliten verstehen < ihr > Volk offenbar nicht mehr. Dabei liegen die Gründe für Trumps Erfolg doch eigentlich auf der Hand. Doch anstatt erst einmal in sich zu gehen, schalten die Leitartikler auf Vorwärtsverteidigung und glänzen vor allem durch überbordende Arroganz. Dies könnte der Schluss aus unserer kleinen kritischen **Presseschau** sein, die unser Kollege **J.K.** und ich, **Jens Berger**, zusammengestellt haben. Erschreckend ist, dass keiner der Leitartikler zwischen Symptomen und Ursache zu unterscheiden weiss und die offensichtliche Frage stellt, warum die Amerikaner sich vom Establishment abgewendet haben.

Die Ahnungslosen und die Arroganten

Beginnen wir mit einem Highlight von Roland Nelles, der ja auch schon gegen Sanders gehetzt hat. Hätten die Demokraten Sanders nicht kaltgestellt, hätten sie vielleicht die nötigen Stimmen bekommen.

Sieg des Zerstörers

Donald Trump wird der nächste US-Präsident. Das ist eine politische Katastrophe – für Amerika, für die Welt.

Ein Kommentar von Roland Nelles

(...) Plumper Populismus hat über die Vernunft gesiegt. Trumps Erfolg ist ein Schock für all jene, die auf die politische Weisheit der amerikanischen Wähler gesetzt hatten. Der Immobilientycoon hat den Amerikanern einen grundlegenden Politikwechsel versprochen, und sie sind seinen Versprechungen mit einer – wenn auch knappen – Mehrheit gefolgt. Die US-Wähler haben sich für einen Wandel entschieden, von dem noch niemand genau sagen kann, wie er eigentlich aussehen wird. Nach Trumps islamophoben, nationalistischen, menschenverachtenden Auftritten im Wahlkampf lässt sich nur eines sicher vorhersagen: Gut wird es wohl nicht werden. (...)

Was der Welt, was Amerika deshalb jetzt droht, ist eine gefährliche Phase der Instabilität.

Quelle: SPON

Den Staffelnab nimmt FAZ-Nachwuchsautor **Stefan Tomik** auf, der sich an einer Wahlanalyse versucht und dabei erwartungsgemäss im Seichten an der Oberfläche bleibt und Inhalte meidet:

Die weisse Revolution

Weisse Amerikaner ohne Hochschulabschluss verschafften Donald Trump einen riesigen Vorsprung. Schwarze, Latinos und Frauen unterstützten Hillary Clinton nicht so wie erhofft. Eine Wahlanalyse.

Laut den Daten der «New York Times» konnte Trump weitaus mehr Stimmen weisser Amerikaner ohne Hochschulabschluss für sich gewinnen als die republikanischen Kandidaten vorheriger Wahlen. Sein Vorsprung gegenüber Clinton liegt bei etwa 40 Prozentpunkten. Weisse mit Hochschulabschluss tendierten weniger stark zu ihm, wählten ihn in der Mehrheit aber dennoch.

Quelle: FAZ

Am gleichen Vorhaben versucht sich **Marcel Pauly** in der WELT und scheitert ebenfalls auf ganzer Linie:

Trumps Sieg ist weiss, männlich, bildungsschwach

Demokratie ist die Herrschaft der Mehrheit. In den USA sind die Weissen in der Mehrheit. Und sie haben sich überwiegend Donald Trump als neuen Präsidenten gewünscht.

Nicht mal ein Drittel der «Hispanics» und Asiaten votierte für ihn, bei den Schwarzen waren es laut Nachwahlbefragungen des Senders CNN gerade noch acht Prozent. Dennoch: Trump schneidet bei den Minderheiten immer noch etwas besser ab als der Republikaner Mitt Romney vor vier Jahren.

Seine Mehrheit aber beschaffte sich Trump bei der weissen Bevölkerung. Ausserdem stimmten vermehrt weniger gebildete Menschen für ihn, Wähler mit höherem Bildungsabschluss entschieden sich hingegen mehrheitlich für die Demokratin Hillary Clinton. Sie hatte ausserdem mehr Frauen auf ihrer Seite, die Trump-Anhänger sind dagegen überwiegend männlich.

Kombiniert man die Merkmale Geschlecht, Bildung und Ethnie, wird die Kernwählerschaft Trumps besonders deutlich: Sie ist weiss, männlich und besitzt keinen Hochschulabschluss. Auf jeden sechsten wahlberechtigten Amerikaner trifft diese Kombination zu. Drei Viertel von ihnen haben für Trump gestimmt.

Quelle: Welt

Überall Populisten sieht **Thilo Kössler** im Deutschlandfunk:

Der Sieg des Populismus

Wenn Donald Trump jetzt davon spricht, er wolle der Präsident aller Amerikaner sein, muss das in den Ohren all jener wie Spott klingen, die er verletzt, verhöhnt und vor den Kopf gestossen hat. Donald Trump war kein Preis zu hoch, um seine Anhängerschaft unter der weissen, ländlichen Bevölkerung zu mobilisieren: Sie hat seine Botschaft «Make America great again» buchstabiert als: Make America white again. Und: Make America male again. Das war eine rückwärtsgerandte Wahl. Nur wenige Jahrzehnte, ehe in den Vereinigten Staaten die Minderheiten in der Mehrheit sein werden, hat sich das weisse und männliche Amerika noch einmal mit aller Kraft aufgebäumt. Donald Trumps Anti-Establishment-Wahlkampf hat allerdings auch deshalb so gut verfangen, weil er in Hillary Clinton genau die Exponentin jener alten Eliten fand, die er für die Ängste und Befürchtungen, für die Wut und den Hass seiner Klientel verantwortlich machen konnte.

Niemand weiss, was sein Credo «America first» für die künftige US-Aussenpolitik zu bedeuten hat. Seine Vorstellungen über den Umgang mit Russland, mit dem Iran, mit dem Syrienkonflikt und dem Nahen Osten insgesamt legen den

Verdacht nahe, dass Donald Trump sein Land in Richtung eines wirtschaftlichen und politischen Nationalismus führen möchte. Das sieht in der Tat alles nicht vertrauenserweckend aus. Und kann so jedenfalls nicht gut gehen.

Quelle: Deutschlandfunk

Essayistisch geht SZ-Feuilletonchef **Andrian Kreye** ans Thema und demonstriert dabei, wie hochnäsiger und arrogant so mancher Feuilletonist über das gemeine Volk denkt:

Der Spuk geht jetzt erst los

Hillary Clintons Wähler hatten vor allem Angst vor Donald Trump, vor seinen Ausbrüchen und Egomaniern, die nur so lange lustig waren, wie er seine Geschäftspartner im Immobilien- und Kasinogeschäft über den Tisch zog oder sich im Realityfernsehen aufplusterte.

Sie hatten Angst vor seinen Horden aus dem Herzland (Heartland) mit ihrem Bildungsmangel, ihrem Hass und ihrem Weltbild, das aus einer Zeit stammt, die die meisten im Land erleichtert hinter sich gelassen haben. Diese Horden haben dann doch so viel Macht entwickelt, dass sie einen wie Trump bis zum Wahlsieg tragen konnten.

Quelle: SZ

Voll von Häme ist auch die «Analyse» des SZ-Nachwuchsschreibers **Sebastian Kreye**:

Sieg des Enthemmten

Präsident Trump: Für viele ist die schlimmste Furcht zur Wirklichkeit geworden. Die USA wenden sich einer autoritären Führungsfigur zu – die Demokratie steht vor einer historischen Herausforderung.

Das war kein Wahlkampf. Das war eine nationale Krise. Und an ihrem nur vorläufigen Ende steht die grösste anzunehmende Katastrophe: Donald Trump ist US-Präsident. Das Unvorstellbare ist Wirklichkeit geworden.

Ein Narzisst, ein notorischer Lügner, ein Sexist, ein Rassist, ein Chauvinist, ein Populist, ein Demagoge – vielfach belegt in diesem anderthalbjährigen Wahlkampf, so drastisch es auch klingen mag – ist nun das, was man gemeinhin mächtigster Mann der Welt nennt. Die Vorstellungskraft auch vieler Politiker reicht noch nicht aus, um die Folgen dieser Wahl abzuschätzen. Dass er die USA in gewaltige Probleme stürzen wird, ist jedenfalls keine sonderlich gewagte Vorhersage.

Quelle: SZ

Bei **Hubertus Volmer** von n-tv verschwinden die Grenzen zwischen einem journalistischen Artikel und einem Troll-Kommentar schon beinahe vollends:

Das grösste «Fuck you» aller Zeiten

Donald Trump ist ein narzisstischer Demagoge, der keine Skrupel, keine Moral und keinen Anstand kennt. Gewählt wurde er nicht deshalb, sondern weil er es geschafft hat, für Veränderung zu stehen.

Trump hat das Gefühl von Leuten getroffen, die glauben, sie seien zu kurz gekommen. Der linke Filmemacher Michael Moore, der erst Bernie Sanders, dann Clinton unterstützte, hat es auf den Punkt gebracht: Für seine Wähler sei Trump «ein menschlicher Molotow-Cocktail», sein Sieg werde «das grösste «Fuck you» aller Zeiten» sein, «und es wird sich gut anfühlen» – jedenfalls für den Moment.

Quelle: n-tv

Wie ein zurückgewiesener Liebhaber wirkt Tagesspiegel-Washington-Korrespondent **Christoph von Marschall**, der Hillary Clinton in einer hanebüchener Naivität verklärt und Trump ebenso hanebüchener verteuflert:

Die Rache der weissen Männer

Nationen können sich ihre Zukunft verbauen, wenn sie Fehler machen. Dabei denkt man zuerst an Regierungen, die politische oder ökonomische Irrwege einschlagen oder gar Kriege provozieren. Abschreckende Beispiele sind Baschar al Assad, Wladimir Putin, Recep Tayyip Erdogan, aber auch David Cameron. Mitunter verbauen sich Gesellschaften jedoch die Zukunft selbst, weil sie falsche Weichenstellungen in demokratischen Abstimmungen legitimieren.

Präsident Donald Trump? Das ist verstörend, ja, ein Skandal. Bei allen berechtigten Einwänden gegen Hillary Clinton dürfte es keine Frage sein, wer von beiden besser vorbereitet ist auf das wichtigste Wahlamt der Welt. Clinton selbstverständlich. Und ebenso, wer sich durch das Auftreten im Wahlkampf disqualifiziert hat. Trump hat eine hasserfüllte Kampagne geführt, die von Prahlerei und frei erfundenen Anklagen nur so strotzte.

Man hätte Amerika – und seinen Partnern, für die vieles von diesem Wahlausgang abhängt – gewünscht, dass der

Alptraum im Zuge der Wahlnacht in Erleichterung umschlägt. Erleichterung, was der Welt alles erspart bliebe, wenn Trump nicht Präsident wird. Keine Verwerfung an den Börsen wegen seiner Unberechenbarkeit und der Drohung mit hohen Strafzöllen gegen Mexiko und China. Kein Rückzug der USA aus ihrer weltpolitischen Verantwortung; keine Schwächung der Nato, die wie eine Einladung an Putin wirkt, zu testen, wie weit er nun gehen kann. Keine verantwortungslose Steuersenkung, die nach Berechnung der Experten zu einer Verdreifachung der US- Schulden führen würde.

Quelle: Tagesspiegel

Diese Analysen strotzen von Arroganz: «Weisse Amerikaner ohne Hochschulabschluss verschafften Donald Trump einen riesigen Vorsprung.» Besteht ganz Deutschland nur aus Akademikern? Was sollte hier die Konsequenz sein? Die Wiedereinführung des Klassenwahlrechtes? Aus der Ecke der AfD gab es ja schon einmal den Vorschlag, Arbeitslosen und Hartz-IV Beziehern das Wahlrecht zu entziehen. Das schlägt in dieselbe Kerbe wie Gedankenspiele nach dem Brexit, den angeblich die älteren Wähler zu verantworten hatten, das Wahlrecht nach Lebensalter zu limitieren. Die Leser der «Qualitätszeitungen» sollten genau hinhören. Die Edelfedern der grossen deutschen Zeitungen halten also Menschen ohne Hochschulabschluss für unfähig, Wahlentscheidungen zu treffen. Damit liefern die deutschen «Qualitätsjournalisten» interessanterweise, ohne es selbst zu merken, die Antwort auf die Frage, warum Trump gewählt wurde und warum die AfD gewählt wird.

Die Falken und Transatlantiker

Den Reigen der überzeugten Transatlantiker eröffnet **Berthold Kohler**, seines Zeichens Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Kohler macht sich vor allem Sorgen darüber, wie das «Bündnissystem des Westens» aussehen könnte, wenn die USA sich nicht mehr so sehr als «Ordnungsmacht» engagieren:

Amerikas Abwendung von der Welt

Trumps Triumph erschüttert die europäische Politik in mehrfacher Weise. Das angeschlagene Bündnis- und Politiksystem des Westens könnte vor einer Revolution stehen.

Trump hatte zu aussenpolitischen Fragen viel Wirres und Widersprüchliches von sich gegeben, das jedoch einen gemeinsamen Nenner aufwies: Die Rückbesinnung Amerikas auf sich selbst und den Rückzug aus den komplizierten Agenden der Weltpolitik, ob die Sicherheit, das Klima oder den Freihandel betreffend.

In Amerika brachte ihm dieser Neoisolationismus nach dem Motto «Der Starke ist am mächtigsten allein» den Zuspruch der wachsenden Schicht ein, die sich als Verlierer der Globalisierung sieht. Sie wird von der Sehnsucht nach einer guten alten Zeit getrieben und vom Hass auf jene, die für deren Untergang verantwortlich gemacht werden. Die Abwendung von der Welt erschüttert nicht nur die andere Hälfte der Amerikaner, sondern auch alle Politiker im Ausland, die Amerikas Engagement als Ordnungsmacht und Verbündeter im internationalen System für unverzichtbar halten.

Quelle: FAZ

Da darf natürlich auch **Klaus-Dieter Frankenberger**, Ressortleiter Aussenpolitik bei der FAZ, nicht fehlen. Auch Frankenberger ist vor allem für seine transatlantische Netzwerkarbeit bekannt und ärgert sich in seinem FAZ-Artikel auch darüber, dass Trump nun seiner Meinung nach einen «Wirtschaftsnationalismus» anstelle des «internationalen Handels» setzen will.

Der Rächer im Weissen Haus

Vor seinem Sieg haben sich viele gefürchtet. Aber er ist Wirklichkeit geworden – weil der «Aufstand des Populismus» mächtiger war als alle Warnungen vor Trumps Unberechenbarkeit.

Es ist so gekommen, weil der «Aufstand des Populismus» mächtiger war als alle Warnungen vor Trumps Unberechenbarkeit; weil die weissen Arbeiter von der globalisierungskritischen, den internationalen Handel geisselnden Botschaft des Demagogen in republikanischen Kleidern angezogen wurden. Trump mobilisierte weisse Wähler auf dem Land und vor allem in den alten Industriestaaten, wie das nicht für möglich gehalten wurde. Sein Populismus und sein Wirtschaftsnationalismus kamen bei den sogenannten einfachen Leuten gut an, die sich von der politischen Elite nicht vertreten, von der wirtschaftlichen Elite ausgenommen und von der Kulturelite verachtet und verhöhnt fühlen. Trump ist es gelungen, diese Frustration und Verbitterung erfolgreich anzuzapfen. Alle Vermutungen, dass traditionelle republikanische Wähler sich von Trumps Krawallrhetorik angewidert abwenden würden, erwiesen sich als Gerede.

Quelle: FAZ

Und wenn die Transatlantiker zum Angriff blasen, darf natürlich auch **Carsten Luther** von der ZEIT nicht fehlen.

Der Ernstfall

Donald Trump war lange nur ein schlechter Scherz. Jetzt wird er Präsident. Die Welt muss sich fürchten vor dem, was diesem unberechenbaren Mann als Nächstes einfällt.

Ein totalitärer Blender und betrügerischer Dilettant hat es geschafft, sich ins Weisse Haus wählen zu lassen. Donald Trump ist ein epochales Desaster, das nicht nur dieses grosse Land und seine Demokratie auf Jahre hinaus verändern wird. Die ganze Welt wird die Auswirkungen dieses Fehlers spüren.

Viele hielten es für einen Scherz, als Trump im vorigen Jahr seine Kandidatur ankündigte: Soll er doch, solange es ihm Spass macht – und uns. Fast eineinhalb Jahre ist das her, heute lacht niemand mehr. Jetzt steht ein sexuell übergriffiger Rassist, pathologischer Lügner und nervöser Egomane an der Spitze der Vereinigten Staaten: Indiskutabel für alle, die an Demokratie und Menschenrechte oder wenigstens an den gesunden Verstand der Menschen im Allgemeinen, der Amerikaner im Besonderen glauben. Verdammt, sie hatten nur einen Job: Diesen Mann zu verhindern! Wer Trump gewählt hat, mag das als Protest gegen das Establishment verstanden haben – ist damit aber fraglos Teil eines antidemokratischen Aufbruchs geworden, dessen Antreiber nicht mehr an viel glauben, was einen modernen Staat zusammenhält.

Quelle: Zeit

In blanker Panik ist offenbar **Bernd Ulrich**, transatlantischer Netzwerker und Leiter des Politikressorts bei der ZEIT, der Europa nun auffordert, «die westlichen Werte» gegen Trump zu verteidigen:

Ganz unten ... aber nicht am Ende

Ein gefährlicher Mann zieht ins Weisse Haus ein. Warum Europa jetzt die westlichen Werte verteidigen muss – und das auch kann.

Neunundneunzig Jahre hat das amerikanische Jahrhundert gedauert. Es begann am 6. April 1917 mit dem Eintritt der USA in den grossen europäischen Krieg und endete in der Nacht zum Mittwoch, dem 9. November 2016, als Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt wurde. Dieser Mann ähnelt mehr den monarchischen Hasardeuren und faschistischen Führern, die den alten Kontinent mehrfach ins Unglück geführt haben, als allen seinen modernen Vorgängern im Weissen Haus.

Donald Trump ist kein Freund. Gewiss nicht von Deutschland und seiner Kanzlerin. Sie verkörpert von allem das Gegenteil eines Donald Trump. Sie ist besonnen, rational, diszipliniert, sie kontrolliert ihre Affekte, diese Frau ist, kurzum, nicht besessen von sich selbst. Sie und er werden von Stund' an die Antipoden der westlichen Welt sein.

Quelle: Zeit

Trump wird zwischen den Zeilen als Faschist bezeichnet, obwohl der «War on Terror», den sein «moderner» Vorgänger George W. Bush entfesselte im Irak, in Afghanistan und Pakistan 1,3 Millionen Tote gekostet hat. Obwohl sein «moderner» Vorgänger Barack Obama Libyen bombardieren liess, den Drohnenkrieg exzessiv forciert und den syrischen Bürgerkrieg angezettelt hat. Bisher klebt kein Tropfen Blut an den Händen Trumps. Die Hände von Ex-Aussenministerin und Ex-Präsidentschaftskandidatin Clinton triefen dagegen davon.

Die Freihandelsfreunde und Talkshowökonom

Der neoliberale Talkshow-Ökonom und Springer-Kolumnist **Thomas Straubhaar** darf in der WELT den apokalyptischen Reiter geben:

Das ist das Ende des American Way of Life

Jetzt ist es passiert. Was (zu) lange niemand für möglich hielt, ist geschehen: Donald Trump wird US-Präsident. Und anders als sein Vorgänger Barack Obama wird der neue Mann im Weissen Haus von einer eigenen Mehrheit im Repräsentantenhaus getragen. Damit wird die grösste und wichtigste Volkswirtschaft der Welt von einem Mann regiert werden, für den das eigene Interesse zuerst kommt und dessen Wahlprogramm weder berechenbar noch wünschenswert war – nicht für die Weltwirtschaft, nicht für Europa, nicht für Deutschland.

Auch wenn Trump verspricht, alles anders zu machen als das verhasste Establishment der Vergangenheit, ermöglicht die Wahlentscheidung keinen Neubeginn für die USA. Vielmehr ist sie das Ende des «American Way of Life».

Donald Trump wurde von vielen gewählt, die sich selbst als Loser einschätzen. Von Unzufriedenen, die überzeugt sind, dass früher alles besser war, als es heute ist. Von Konservativen, die in Schwarz und Weiss trennen und sich mit einfachen Antworten auf komplexe Probleme abspeisen lassen.

Quelle: Welt

Ähnlich im Inhalt, wenn auch etwas moderater im Ton gibt sich SZ-Chefredakteur Kurt Kister, der Trump hämisch zum «wirkmächtigsten Verbündeten» von Attac und den Grünen erklärt. Warum? Weil Trump TTIP ablehnt. Abseits der Redaktionsstuben dürfte ihm das zumindest in Deutschland jedoch eher Zustimmung verschaffen.

Amerika wählt den grossen Spalter

Donald Trump ist ein Nationalist, der sich als Patriot ausgibt. Sein Patriotismus hat rassistische Züge, wie sich nicht nur an seinen Bemerkungen zum Beispiel über Amerikaner mexikanischer Abstammung belegen lässt. Als Nationalist redet er auch der wirtschaftlichen Abschottung und einem (Straf-)Zollsystem das Wort. Was die Organisation des Freihandels, speziell TTIP angeht, ist der Rechtspopulist Trump der wohl wirkmächtigste Verbündete von Attac oder den Grünen: Seine Wahl bedeutet das Ende von TTIP.

Quelle: SZ

Und die Moral von der G'schicht?

Trump und «Breitbart» triumphieren über das Establishment

Noch nie zuvor hatte sich die klassische Medienlandschaft der USA so deutlich gegen einen Präsidentschaftskandidaten ausgesprochen. Die New York Times unterstützte Hillary Clinton, ebenso wie das renommierte Atlantic-Magazin, das überhaupt erst zum dritten Mal in seiner langen Geschichte eine Wahlempfehlung veröffentlichte. Die Bürgerinnen und Bürger der Vereinigten Staaten jedoch wollten nicht auf die Leitmedien ihres Landes hören. Je weiter die Wahlnacht voranschreitet, desto deutlicher wird: Das Amerika der Medien und das Amerika der Wähler, das sind zwei unterschiedliche Länder.

CNN-Mann Blitzer ringt am Morgen um eine Erklärung: «In diesem Land gibt es eine tief sitzende Wut auf das Establishment.» Die grossen US-Medien haben den Kontakt zu einem Grossteil der Menschen ihres Landes verloren. Nach vielen Stunden stehen Blitzer und seine Kollegen von MSNBC bis Fox News noch immer im gleissenden Licht ihrer Ergebnis-Tafeln und hochmodernen Umfrage-Grafiken. Aber Erleuchtung finden sie dort keine.

Quelle: SZ

Was soll man sagen, mit Trumps Wahlsieg scheint die Meinungsmache und Meinungsmacht der «Qualitätsmedien» zumindest in den USA endlich gebrochen zu sein. Viele amerikanische Bürger haben sich gegen die Interessen des Establishments entschieden – ob die Entscheidung klug war oder nicht, ist eine andere Frage – und in der deutschen Medienlandschaft ist der Teufel los. Das Toben der deutschen «Qualitätsmedien» gegen Trump ist auch ein Manifest der Furcht, dass dies auch in Deutschland geschehen könnte.

Quelle: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=35765>

Wagenknecht, Seehofer, Gabriel, Tauber, Petry zum Trump-Sieg

Von Manfred Kleber - 9. November 2016

Die meisten deutschen Politiker geben sich schockiert über den Wahlsieg von Donald Trump bei der US-Präsidentenwahl, aber längst nicht alle. Lesen Sie die Kommentare von Peter Tauber (CDU), Horst Seehofer (CSU), Sigmar Gabriel (SPD), Sahra Wagenknecht (LINKE) und Frauke Petry (AfD).



Linken-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht ist nicht wirklich überrascht über den Sieg von Donald Trump. Denn Hillary Clinton war die Kandidatin des Establishments und des «Weiter so». (Screenshot: YouTube)

Das sagte CDU-Generalsekretär Peter Tauber zum Trump-Sieg:

Vor dem künftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten liegen grosse Aufgaben, insbesondere wenn es darum geht, das Land wieder zusammenzuführen. Dafür wünschen wir Donald Trump viel Erfolg. Das Verhältnis von Deutschland und den USA ist für uns Christdemokraten etwas ganz Besonderes. Wir setzen darauf, dass wir auch weiterhin als Partner und Freunde eng zusammenarbeiten werden.

Das sagt CSU-Chef Horst Seehofer:

Die Menschen in den Vereinigten Staaten von Amerika haben entschieden und Donald Trump gewählt. Sie haben ihm damit ihr Vertrauen ausgesprochen. Ich gratuliere Donald Trump zu diesem Wahlerfolg. In einer Welt der Herausforderungen, der Unordnung und der Bedrohungen durch Klimawandel, globale Fluchtbewegungen, kriegerische Auseinandersetzungen und islamistischem Terrorismus bedeutet dieses Vertrauen für das Amt des amerikanischen Präsidenten nicht nur Verantwortung für die Vereinigten Staaten, sondern für die ganze Weltgemeinschaft. Für die schwierigen Aufgaben, die jetzt vor Donald Trump liegen, wünsche ich politische Weitsicht, Mut zum Ausgleich, eine glückliche Hand und Gottes Segen.

Das sagt Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD):

Eine der schmutzigsten und unwürdigsten Wahlkämpfe der Geschichte ist zu Ende. Ich habe mir ein anderes Ergebnis gewünscht, aber Demokrat sein bedeutet, dass man den Willen des Volkes respektiert. Donald Trump wird der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sein.

Wünschen wir uns, dass sich die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft, die er im Wahlkampf forciert hat, nicht weiter vertieft. Wir Europäer müssen nach vorn schauen und uns selbstbewusst auf die neue Lage einstellen. Sicherheit und Frieden werden in Zukunft viel stärker von uns selbst abhängen als von den USA. Setzen wir auf eigene Stärken und bewerten wir Trump ab sofort nach seinen Taten und nicht nach seinen Sprüchen. Trump hat seine Chance vom Volk bekommen.

Das sagt Linken-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht:

Trump gewinnt in den USA – und auch bei uns ist das Entsetzen in den etablierten Parteien riesengross. Um ehrlich zu sein: Allzu sehr überrascht mich dieses Ergebnis nicht. In den USA liegen die mittleren Löhne heute unter dem Niveau von vor 40 Jahren, das Wachstum landet seit Jahrzehnten in den Taschen der oberen Zehntausend, während immer mehr Menschen abgehängt werden. Dass die Menschen sich in dieser Situation nach Veränderung sehnen, ist mehr als nur verständlich.

Die Demokraten hätten den Unzufriedenen mit Bernie Sanders ein Angebot für eine soziale und friedliche Alternative machen können. Sehr wahrscheinlich hätten sie damit einen Präsidenten Trump verhindert. Clinton dagegen war die Kandidatin des Establishments und des «Weiter so», die die Unzufriedenen und Enttäuschten natürlich nicht erreicht hat.

Das Ergebnis der US-Wahl sollte insbesondere der SPD zu denken geben. Ich für meinen Teil werde alles dafür tun, dass wir als Linke im nächsten Jahr ein Programm anbieten, das konsequent sozial ist und kämpferisch Druck macht, für Alternativen zum herrschenden Wahnsinn der etablierten Politik.

Das sagt AfD-Chefin Frauke Petry:

Es wird höchste Zeit, dass auch in den Vereinigten Staaten von Amerika das vom politischen Establishment entmündigte Volk seine Stimme zurückerhält. Während 93% der Wähler am Regierungssitz in Washington DC die Kandidatin Clinton und damit den Erhalt ihrer eigenen Machtstrukturen gewählt haben, will die Mehrheit des amerikanischen Volkes landesweit den politischen Neuanfang, eine wirtschaftliche Erholung für die gebeutelte Mittelschicht und ein Ende der Spaltung des immer noch mächtigsten Landes der Welt.

Dieses Wahlergebnis macht Mut für Deutschland und Europa, denn Trump hat tatsächlich die Karten zur politischen Zeitenwende in der Hand. Ich gratuliere Donald Trump zu seinem Wahlsieg und zu dieser historischen Chance. Diese müssen wir gemeinsam nutzen, um das transatlantische Verhältnis neu zu justieren und die grossen Konflikte in der Ukraine und in Syrien im Einvernehmen mit Russland zu beenden.

Es ist unsere Aufgabe, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf beiden Seiten des Atlantiks zu bewahren, und wo nötig, wiederherzustellen und hegemoniale Ansprüche Amerikas in Europa durch eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu ersetzen.

So wie die Amerikaner den Demoskopen der Leitmedien nicht geglaubt haben, müssen auch in Deutschland die Bürger den Mut haben, ihr Kreuz in der Wahlkabine selbst zu machen und nicht resigniert zu Hause zu blei-

ben. Ihre eigene Meinung zählt, auch wenn die politische Korrektheit den verordneten Konsens zur neuen Doktrin zu erheben scheint.

Quelle: <https://www.berlinjournal.biz/seehofer-gabriel-wagenknecht-petry-trump/>

Nach Trumps Sieg: Gehen China und USA auf Konfrontation?

Von REDAKTION, 10. November 2016

Trumps Aussagen im Wahlkampf lassen darauf schliessen, dass es zu einer wachsenden Konfrontation beider Länder kommt. Zwei seiner aussenpolitischen Berater fordern bereits eine härtere Gangart.

Er hoffe auf eine Zusammenarbeit «mit Respekt und ohne Konfrontation», sagte Chinas Präsident Xi Jinping gegenüber Donald Trump, als er dem neu gekürten US-Präsidenten am Wahltag per Telefon zu dessen Sieg gratulierte. Wenn Trump hält, was er im Wahlkampf versprach, dann steuern die beiden grössten Wirtschaftsmächte der Welt auf eine Konfrontation zu. So drohte der Immobilienmogul, der den Chinesen vorwarf, amerikanische Jobs «zu stehlen» und die Währung «zu manipulieren», mit hohen Zöllen auf Importe, was einen Handelskrieg auslösen könnte.

Selbst wenn einige Beobachter in Trumps Präsidentschaft auch Chancen für China ausmachen wollen, steuern die beiden grössten Volkswirtschaften wohl auf konfliktreiche Zeiten zu. «China sorgt sich am meisten wegen der Ungewissheit», sagt die Asien-Pazifik-Expertin Yu Yingli. «Im Vergleich zu Hillary Clinton ist Trump unberechenbarer.» Der bekannte Professor der Volksuniversität, Shi Yinhong, erwartet «sehr negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Finanzen» – nicht nur für China, sondern für alle grossen Volkswirtschaften in der Welt.

In Pekings Aussenministerium hofft man darauf, dass es sich bei Trumps provokativen Worten vor allem um Wahlkampfgetöse handelte und sich der Milliardär nach seinem Einzug ins Oval Office als der pragmatische Geschäftsmann erweisen wird, der er bis zu seiner Hinwendung zur Politik war. «Es hat Tradition, im US-Wahlkampf auf China einzuschlagen», äusserte sich eine hohe Beamtin vertraulich gegenüber der Deutschen-Press-Agentur. «Am Ende kommt es doch anders.»

Noch dürfte man in Peking Trumps Ankündigungen bezüglich einer Neuausrichtung der wirtschaftlichen Beziehungen beider Nationen relativ gelassen zur Kenntnis nehmen, da Massnahmen wie etwa die Einführung von Zöllen auf Importe auch in China ansässige US-Firmen betreffen würden. «China und die USA sind wirtschaftlich voneinander abhängig, deswegen können wirtschaftliche und politische Spannungen ein zweischneidiges Schwert sein», warnt die chinesische Global Times. «China ist stark genug, um mit dem Sieg Trumps umzugehen», titelt das Blatt.

Abkehr vom «Schwenk nach Asien»?

Trumps Triumph böte für China auch Chancen, etwa wenn er wirklich den unter Barack Obama vollzogenen strategischen «Schwenk» der USA in die Asien-Pazifik-Region rückgängig machen würde. In ihrem im Oktober 2011 Foreign Policy veröffentlichten Artikel America's Pacific Century umriss die damalige US-Aussenministerin Hillary Clinton die von ihr als «Schwenk nach Asien» skizzierte Neuausrichtung der Aussenpolitik, die verbunden ist mit einer Verlegung des Einsatzschwerpunktes des US-Militärs vom Grossraum Naher Osten hin nach Asien.

Zu diesem Zweck soll der Grossteil der US-Marine bis Ende des Jahrzehnts in die pazifische Region verlegt und die militärische Kooperation mit den Verbündeten vor Ort intensiviert werden. Peking sieht in dem «Schwenk» eine Massnahme, die auf die militärische Einkreisung Chinas abzielt, um im Ernstfall «die für China lebenswichtige Rohstoffzufuhr abdrücken» zu können, erläuterte Dr. Josef Braml, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Programms USA/Transatlantische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Ende Mai gegenüber Spiegel-Online, warum die Kontrolle der südostasiatischen Seewege für die USA von strategischer Bedeutung sind.

In Trumps im Wahlkampf getätigte Forderung an Südkorea und Japan, für den «Schutzschirm» des US-Militärs zu zahlen, werteten viele Beobachter eine demonstrative Abneigung gegenüber diesen militärischen Allianzen. Auch wenn die Frage nach der Finanzierung des dort stationierten US-Militärs noch zu Streit führen könnte, mit einer Abkehr von diesen Allianzen ist auch unter Trump nicht zu rechnen – wie der gekürte US-Präsident bereits versicherte.

In einem Telefonat mit Japans Regierungschef Shinzo Abe versprach Trump, die Beziehungen zu dem Inselstaat stärken zu wollen, wie der japanische Regierungssprecher Koichi Hagiuda am Donnerstag erklärte. Abe habe in

dem etwa 20-minütigen Gespräch betont, dass eine starke Allianz zwischen den USA und Japan unerlässlich für den Frieden und die Stabilität in Asien und der Pazifikregion sei. Trump und Abe wollen kommende Woche in New York zu einem direkten Gespräch zusammen kommen.

Auch gegenüber der südkoreanischen Präsidentin Park Geun Hye habe Trump am Telefon versichert, dass die USA entschlossen seien, ihren Alliierten «gegen die Instabilität in Nordkorea» zu verteidigen, teilte das Präsidialamt in Seoul am Donnerstag mit. «Wir gehen die ganze Strecke mit Ihnen, wir werden nicht schwanken», wurde Trump zitiert. In Südkorea sind knapp dreissigtausend US-Soldaten stationiert.

Etwaige in Peking gehegte Hoffnungen, mit Donald Trump als Präsident könnten die USA den eingeleiteten «Schwenk nach Asien» rückgängig machen, dürften daher vermutlich ebenso enttäuscht werden wie die Annahme, die USA würden unter Trump vielleicht im Territorialstreit im Südchinesischen Meer zurückrudern – es könnte nämlich alles ganz anders kommen. So plädieren zwei seiner aussenpolitischen Wahlkampfberater, Alexander Gray und Peter Navarro, eher für einen härteren Kurs als bisher. Der «Schwenk» der USA nach Asien sei halberzig gewesen: «Laut reden, aber einen kleinen Stock tragen.»

Die schwache Umsetzung der Politik unter Clinton als Aussenministerin habe «die chinesische Aggression im Ost- und Südchinesischen Meer» befördert, schreiben sie in einem am Montag von Foreign Policy veröffentlichten Artikel. Darin fordern beide einen Ausbau der US-Marine und Waffenverkäufe an Taiwan, um ein Gegengewicht zu Chinas wachsender Militärmacht zu schaffen. Die Strategie Trumps beschreiben beide Berater als «Vision des Friedens durch Stärke».

Im Südchinesischen Meer wuchsen in den vergangenen Jahren die Spannungen zwischen dem «Reich der Mitte» und der alten Pazifikmacht USA stetig an. Auch wenn in der umstrittenen Region grosse Vorkommen von Erdgas und Öl vermutet werden, so geht der Konflikt weit über die Frage nach dem Zugang zu Energieträgern hinaus. Im Wesentlichen ist er ein Ausdruck der Rivalität zwischen der aufstrebenden Weltmacht China und den Vereinigten Staaten, die ihre Rolle als unangefochtene Supermacht in einer unipolaren Weltordnung behaupten wollen. Beide Seiten werfen sich gegenseitig vor, mit ihren militärischen Massnahmen zur Instabilität der Region beizutragen.

Bereits im März vergangenen Jahres hatte die US-Marine in einem Strategiepapier die «zunehmende Bedeutung der indo-asiatischen Pazifik-Region» betont. Die von den Vereinigten Staaten forcierte Aufrüstung in den südostasiatischen Gewässern soll demnach «unsere Gegner daran hindern, die Weltmeere zu unserem Nachteil zu nutzen. Die Fähigkeit, Operationen in entfernten internationalen Gewässern durchführen zu können, ist ein deutlicher Vorteil für die Vereinigten Staaten», heisst es darin.

Im Juli erklärte der Kommandeur der chinesischen Marine, Wu Shengli, China werde «niemals seine Souveränität und Interessen im Südchinesischen Meer opfern», seine Marine fürchte keine «militärischen Provokationen» und sei dafür gut gerüstet. Auch wenn der neue US-Präsident sein Regierungsteam noch nicht bestellt hat, macht sich der Aussenpolitik-Experte Shi Yinhong in Peking nichts vor: «Er wird einen harten Kurs steuern.»

In einem Punkt kann sich Peking aber durchaus berechtigt Vorteile von Trumps Präsidentschaft erhoffen: Dieser hatte im Wahlkampf angekündigt, das Freihandelsabkommen TPP (Transpazifische Partnerschaft) nicht zu unterzeichnen. Unter Rücksichtnahme auf seine Wähler dürfte Trump es schwer fallen, in dieser Frage zurückzurudern.

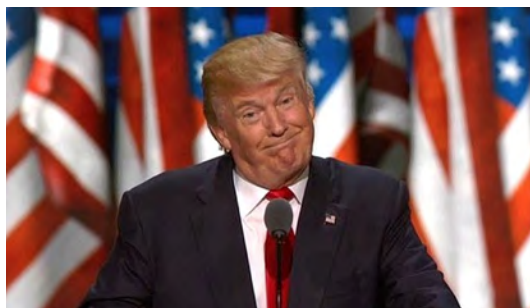
Mit insgesamt zwölf beteiligten Ländern – darunter neben den USA Japan, Kanada, Australien, Chile, Peru und Vietnam – wäre TPP die gegenwärtig grösste Freihandelszone auf dem Globus, die knapp vierzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Welt bildet. Die transatlantisch ausgerichtete Zeit bezeichnete TPP vor einem Jahr als den Versuch Washingtons, seinen Einfluss «in Asien zu sichern und die Machtstellung Chinas zu brechen».

(mit dpa)
Quelle: <http://www.hintergrund.de/201611104148/politik/welt/nach-trumps-sieg-gehen-china-und-usa-auf-konfrontation.html>

Trump ist die logische Konsequenz eines kriminellen und korrupten Establishments

Luke; Sott.net; Mi, 09 Nov 2016 15:15 UTC

Nun steht das Ergebnis fest: Nach einer bizarren Wahl-Show, in der Beleidigungen, Sex-Skandale und Wahlfälschungs-Vorwürfe wichtiger waren als eine sinnvolle Diskussion der vielen brennenden Themen, hat also Donald Trump das Rennen gemacht. Und das mit beeindruckenden Ergebnissen – entgegen der vielen Prognosen in den Medien, die Hillary Clinton vorne sahen, gewann er die Wahl haushoch.



Echt? Wirklich? Unmöglich! Doch: Trump wurde gewählt.

Entsprechend schäumend vor Wut zeigten sich die Clinton-Anhänger, zu denen auch die Medien und weite Teile des westlichen Establishments zählen. Fassungslos betrachteten die Moderatoren der grossen Sender ihre Monitore – sie waren sich ihrer Sache wohl sehr sicher. Auch in Deutschland machte man kaum einen Hehl aus der Verachtung für Trump und dessen Wähler: Ursula von der Leyen (CDU) bezeichnete seine Wahl als «Schock», Sigmar Gabriel von der SPD nannte ihn gar einen «Vorreiter einer neuen autoritären und chauvinistischen Internationalen» und die FAZ schiebt die Schuld herablassend auf «weisse Amerikaner ohne Hochschulabschluss». Die BILD fragt immerhin: «Wie konnte das passieren?» **Nun, eigentlich ist es gar nicht schwer zu verstehen: Den Menschen geht es schlecht, das Establishment ist bis ins Mark korrupt und Trump verspricht, dagegen etwas zu unternehmen.** Und diejenigen, die in Deutschland jetzt am lautesten schreien, sind jene, die sich jahrelang zu Komplizen der transatlantischen Verbrechen gemacht haben.

US-Eliten: Korrupt, degeneriert, kriminell

Ein Kommentator auf Facebook brachte es gut auf den Punkt: Das echte Leben sei eben keine Wohlfühl-Veranstaltung, und wenn man als hart arbeitender Bürger dennoch seine Rechnungen nicht bezahlen kann und sich die Schulden türmen, während Politiker und deren Entourage längst ihre Seele an den Meistbietenden verscherbelt haben und mit 2000 Euro-Designer-Handtaschen auf Events herumlaufen, dann wird man eben wütend – und das zu Recht. Donald Trump hat genau dies bedient, indem er versprach, wieder Jobs nach Amerika zu holen und in Washington «aufzuräumen». Ob er tatsächlich etwas von seinen Versprechen umsetzt, ist fraglich und bleibt abzuwarten. **Ebenso kann man noch nicht sagen, in welche Richtung es mit Trump geht – die Optionen reichen von echtem Fortschritt und einer endlich wieder gemässigten Aussenpolitik bis hin zu offenem Totalitarismus. Der Mann ist in seinem grenzenlosen Narzissmus wahrlich schwer berechenbar.** Bei Politikern ist es wichtig, nicht darauf zu hören, was sie sagen, sondern darauf zu achten, was sie tatsächlich tun. Trump ist hier politisch noch ein unbeschriebenes Blatt.

Hillary Clinton dagegen war die Personifizierung des korrupten Establishments – ein Skandal nach dem anderen, befeuert durch die Wikileaks-Veröffentlichungen, zeigten unmissverständlich das Ausmass ihrer Lügen, ihrer schamlosen Selbstbereicherung, ihrer Verbindung zu den Saudis, ihre brutale Aussenpolitik. Ganz abgesehen davon, dass sie in der Vergangenheit im Senat für sämtliche Kriege stimmte und trotz aller grossen Worte stets fromm die Interessen von Wall Street & Co vertrat. Wer möchte allen Ernstes so eine Frau als Präsidentin? Weil sie eine Frau ist? Dass solch ein lächerliches Argument überhaupt Bestand hat, sagt schon viel über das Niveau des politischen Diskurses während des Wahlkampfes aus. Der von der FAZ gefürchtete «weisse Amerikaner ohne Hochschulabschluss» hat wenigstens verstanden, wer ihn unterdrückt, auch wenn Donald Trump sicher eine sehr gefährliche Lösung ist. **Die Hillary-Anhänger hingegen bewegen sich in einer imaginären Scheinwelt, in der das Geschlecht des Präsidenten wichtiger ist als genug Essen auf dem Tisch für die Bevölkerung und das Beenden des Massenmords, den die USA überall auf der Welt anstiften und unterstützen.**

Teile und herrsche – auch in Deutschland

Jedenfalls gab es wohl kaum eine Wahl, bei der die Anhänger der beiden Kandidaten so derartig voller Hass gegen den jeweils anderen Kandidaten waren. Ein voller Erfolg also – zumindest aus Sicht des Establishments, das aus dem Dunstkreis von Banken, Grosskonzernen, militärisch-industriellem Komplex und Big Oil heraus die USA und einen Grossteil der Welt regiert. Denn eine Bevölkerung, die sich an ewigen Reizthemen wie Schusswaffenverbot, Einwanderern oder Homo-Ehe aufhängt, statt Gemeinsamkeiten zu finden und die wirklich wichtigen Themen zu besprechen, wird niemals etwas ändern. **Teile und herrsche: Das ist ein uralter Trick zur Aufrechterhaltung der Macht.**

Auch in Deutschland können wir dieses Phänomen beobachten. Zum Beispiel sind die AfD-Anhänger für eher links sozialisierte Deutsche ein gefundenes Fressen – böse Nazis, die Ausländer anpöbeln. Umgekehrt ziehen linksorientierte Menschen den Hass der Rechten auf sich: Gutmenschen, Schmarotzer, die unser Land und unsere Traditionen zugunsten von Bio-Supermärkten abwickeln. Die Fronten sind also geklärt, es gibt kein Vor und kein Zurück, und mitten in diesem Spannungsfeld entwickeln sich absurde Theorien, blinder Hass und die Unfähigkeit, andere Menschen ernstzunehmen, ihnen zuzuhören – **kurzum, wir verlieren unsere Empathie**. Derweilen ist das schrittweise Abgleiten in den Faschismus – also die Verbindung von Konzernen und Staat zu einem totalitären Machtblock – auch hierzulande längst zu beobachten. Aber gestritten wird sich über Flüchtlinge, Islamisierung und die Rolle der Frau. Absurd.

Dabei haben wir doch vielleicht mehr Gemeinsamkeiten als wir denken. Kann denn zum Beispiel jemand aus dem linken Milieu nicht verstehen, dass sich ein anderer Mensch nach einem traditionelleren Lebensstil sehnt? Nach einer Welt, die nicht völlig von stumpfer Konsumkultur und der damit einhergehenden Verrohung der Werte geprägt ist? Sehnt sich denn nicht auch ein Linker nach der Zeit, als die Grünen noch für mehr standen als Krieg und Kita?

Aber auch aus dem rechts-konservativen Spektrum könnte man doch die Gemeinsamkeiten sehen, etwa in der Ablehnung des US-Imperialismus und dessen barbarischer Wertvorstellungen, im Streben nach einem Gesellschaftsmodell, das wieder die Gemeinschaft betont. Es gibt viele weitere Beispiele. Wenn Menschen miteinander reden, sich zuhören und sich in andere Menschen hineinversetzen können, dann erscheinen auch Reizthemen wie Homo-Ehe und selbst Flüchtlingskrise plötzlich gar nicht mehr so wichtig. **Wenn die Hypnotisierung durch Ideologie und Parolen nachlässt, merken wir plötzlich, dass man sich trotz unterschiedlicher Auffassungen verstehen kann**. Flüchtlingskrise? Kein Weltuntergang, packen wir's ganz pragmatisch an. Homo-Ehe? Ach, leben und leben lassen. Rolle der Frau? Soll doch jede selbst entscheiden. Das alles ist letztlich völlig unwichtig vor dem Hintergrund der riesigen Probleme, vor denen wir stehen. Wer allerdings schwarz-weiß und in Freund-Feind-Bildern denkt, der entfernt sich von der Realität, von echten Beziehungen und lebt auf einer Insel der Ideologie.

Der wahre Feind: Fehlendes Wissen

Leider schwingen sich einige – meist pathologische – Figuren schnell an die Spitze solcher Ideologien, wo sie Macht und Kontrolle ausüben können, wie es im hier oft zitierten Buch *«Politische Ponerologie»* beschrieben wird. Dadurch binden sie ihre willige *«Herde»* noch fester an sich und ihre Ideologie und hetzen sie gegen Andere auf. Das lässt sich hierzulande sehr schön an diversen Parteien und Medien im linken wie im rechten Spektrum sehen. Die Menschen sind paralytisch, voller Hass und voll auf eine Ideologie eingeschworen.

Die Korruption oder gar Gründung von Bewegungen spielt dabei eine wesentliche Rolle. Wir erinnern uns an die Grünen, die einst als pazifistische Partei anfangen und später Deutschland in den ersten Krieg nach den Nazis getrieben hat. Wir erinnern uns an die SPD, die spätestens unter Schröder ihre sozialen Werte verscherbelt hat. Dass dies überhaupt möglich ist, haben wir ebenfalls der Indoktrinierung durch Ideologie zu verdanken – die ursprüngliche Sprache der Bewegung wird von deren pathologischen Führern einfach umgedeutet und gegen sie verwendet, wie es in *«Politische Ponerologie»* beschrieben wird. So hat Joschka Fischer die Grünen mit dem Argument *«Nie wieder Krieg»* in den Kosovo-Krieg getrieben – *«Nie wieder Krieg»* bedeutete für ihn *«Jetzt wieder Krieg»*, nur haben es viele Grüne nicht bemerkt. Gerhard Schröder hat den Sozialabbau ebenfalls in der Sprache der alten SPD-Werte verkauft: Stets ging es ihm um Chancengleichheit, Schaffung von Arbeitsplätzen für sozial Schwache etc., während er etwas ganz anderes meinte, etwa die Abschaffung der Sozialhilfe und stattdessen die Schaffung von ausbeuterischen Minijobs.

Leider wissen viel zu wenige Menschen um die Mechanismen der Psychopathologie und wie sich diese auf Politik, Bewegungen und deren Sprache auswirkt. Doch gerade in Zeiten von Donald Trump, AfD & Co. brauchen wir dieses Wissen, um die immer wiederkehrenden Muster zu erkennen, mit denen diverse Führer uns einlullen, in eine Ideologie zwingen und uns damit zu ihrem Spielball machen. **Wir sollten aus den Beispielen der Vergangenheit lernen und wissen, wie gefährlich es ist, falschen Führern und Bewegungen – ob links oder rechts, ob konservativ oder progressiv – zu folgen, ohne die Mechanismen dahinter zu verstehen**. Stattdessen sollten wir lernen, wirklich kritisch zu denken, und zwar auf Grundlage eines möglichst guten Verständnisses der menschlichen Situation. Die wahre Revolution, wie Niall Bradley richtig schreibt, fängt bei uns an: Wir müssen an uns selbst arbeiten, im täglichen Leben bessere Menschen zu werden. So setzen wir ein Zeichen, dass ein anderes Leben möglich ist – eines ohne ständige Konfrontation, Lügen, falsche Ideologien und pathologische Taugenichtse an der Spitze.

Fazit

Die meisten Amerikaner haben die Nase voll von «ihrem» Establishment. Gleichzeitig herrscht eine sehr starke und durchaus gewollte Spannung zwischen den beiden Lagern der Trump-Anhänger und «Progressiven» – ein ähnliches Phänomen, wie es sich auch in Deutschland mit der AfD oder in Frankreich mit LePen zeigt. Ohne ein gutes Verständnis der zugrundeliegenden Mechanismen werden wir aber nicht weiterkommen und entweder den Lügen des Establishments oder der Agitation von neuen falschen Führern und Ideologen verfallen. Letztlich sollten wir bei uns anfangen, um etwas zu bewegen: Uns das notwendige Wissen zum Verständnis unserer Welt aneignen und in unserem Leben umsetzen, was natürlich viel Einsatz bedeutet. Denn niemand – kein Trump, keine Linke, keine AfD – wird uns diese Anstrengung abnehmen.

Quelle: <https://de.sott.net/article/26857-Trump-ist-die-logische-Konsequenz-eines-kriminellen-und-korrupten-Establishments>

Nach Trump-Sieg: «Merkel, Du bist ein Vasall, der nichts zu sagen hat!»

9. November 2016



Bild Merkel: [wikimedia.org](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Angela_Merkel_2016.jpg), Alexander.kurz (CC BY-SA 3.0);

Bild Trump: [wikimedia.org](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Donald_Trump_2016.jpg), Gage Skidmore from Peoria (CC BY-SA 2.0); Collage: Info-DIREKT

Die Mainstream-Medien und Establishment-Politiker haben sich mit ihrer plumpen Propaganda für Clinton und mit ihrer Schmutzkübelkampagne gegen Donald Trump und damit gegen den nun mächtigsten Mann der Welt gestellt.

KenFM fragt sich in seinem neuesten Video, ob diese Journalisten und Politiker nicht schon bald auf einer Liste des neuen US-Präsidenten stehen werden? Der unabhängige Journalist und YouTube-Star rät den Eliten, die mit Hillary Clinton auf das falsche Pferd gesetzt haben, schleunigst die Koffer zu packen:

«Eure Zeit ist abgelaufen, und das ist auch gut so!»

Richtung Merkel, die Donald Trump Bedingungen zur Zusammenarbeit stellte, trifft KenFM folgende Feststellung: «Angela, Du bist ein Vasall! Du kannst dem amerikanischen Präsidenten keine Bedingungen stellen, wenn der so macht (mit den Fingern schnippst), bist Du wieder raus aus dem Amt.»

Hier das sehenswerte Video von KenFM

(Anmerkung: <https://www.youtube.com/watch?v=az7iQ-0Bu-0>)

Quelle: <http://www.info-direkt.eu/nach-trump-sieg-merkel-du-bist-ein-vasall-der-nichts-zu-sagen-hat/>

Absage an ein korruptes Wirtschaftssystem

9. November 2016 um 14:16 Uhr; Verantwortlich: Jens Berger

Die Mehrheit der US-Wähler hat die Herrschaft der Wall Street, der Kriegs- und Öl-Industrie abgewählt. Viele haben gewarnt, so auch Ex-Präsident Jimmy Carter: Die USA ist «eine Oligarchie, in der unbegrenzte politische Bestechung herrscht.»

Ganz offensichtlich hatten viele die Schnauze voll von einer gekauften Politik, die Banken und Konzerne bedient und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Arbeitslosen, Rentnerinnen und Rentnern immer mehr wegnimmt. Das vorherrschende Gefühl war: So darf es nicht mehr weitergehen. Also haben viele ihre Stimme

Trump gegeben, weil der Multimilliardär nicht auf die Spenden der Wall Street angewiesen ist und darum keine Anweisungen von ihr entgegennehmen muss. Dass Trump jetzt allerdings eine Politik für die Ärmeren und Benachteiligten macht, erwarten wohl nicht einmal viele seiner Wähler.



Von Oskar Lafontaine.

Das Establishment der Demokraten ist mitverantwortlich für diesen Sieg Trumps, weil es mit verschiedenen Tricksereien Hillary Clinton als Präsidentschaftskandidaten gegen Bernie Sanders durchgesetzt hat. Sanders hätte die Abgehängten und Benachteiligten, die kein «Weiter so» wollen, glaubhaft vertreten können.

«Die vorrangige Funktion einer Regierung ist es, die Minderheit der Reichen vor der Mehrheit der Armen zu schützen», hat der einstige US-Präsident James Madison gesagt.

Die Wahl in den USA beweist: Ein politisches System, aufgebaut auf einem Wirtschaftssystem, das die Demokratie zerstört und zur Oligarchie führt, kann nicht von Dauer sein.

Quelle: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=35748>

Luftverschmutzung: Neu-Delhi ist die dreckigste Stadt der Welt

Von Julian Winterhalter - 8. November 2016

Neu-Delhi: die dreckigste Stadt der Welt

In Neu-Delhi gibt es keine frische Luft mehr. Die Hauptstadt Indiens kämpft gerade mit unerwartetem, extrem starkem Smog. So verschmutzt war die Luft in Indien noch nie. In vielen Teilen der Stadt überschreiten die Luftwerte die «ungesunde Grenze» um ein Fünffaches.

Die amerikanische Botschaft in Neu-Delhi hat die Notlage der Stadt mit dem Index für Luftqualität hervorgehoben. Maximal können Städte einen Wert von 500 erreichen, welches bereits als «gewagt und gefährlich» bezeichnet wird. Am Montag musste die Skala angehoben werden: Neu-Delhis Wert beträgt inzwischen 999, so CNN.

Zum Vergleich: Bisher hat die «schmutzigste, chinesische Stadt» Baoding Experten beunruhigt. Von Luftqualität konnte man kaum noch sprechen – Level 298 wurde als extrem hoch eingeschätzt. Jetzt überrascht Neu-Delhi mit dreimal höheren Werten.

Während Chinas Hauptstadt Beijing, die für hohe Luftverschmutzung bekannt ist, noch einen Wert von 300 hatte, fiel eine andere indische Stadt im Vergleich deutlich auf. Chandrapur ist durch dichte Industrie und Kohlenproduktion auf einen Wert von 824 geklettert.

Los Angeles, Mexico City, London und New York waren alle im Fokus von Gesundheitsorganisationen. Ihre Werte erreichen aber kaum den Wert 100 und sehen, verglichen zu Neu-Delhi, fast unbedeutend aus.

Luftverschmutzung gefährdet die Gesundheit

Sobald die Luft durch Abgase und andere Verbrennungsabfälle verschmutzt ist, gelangen kleine Mikropartikel durch das Atmen in den Körper. Dabei gibt es zwei verschiedene Partikel:

Pm-2.5-Partikel sind kleiner als 2,5 Mikrometer und reizen Auge, Nase und Hals. Pm-10-Partikel, mit einer Größe von 2,5 bis 10 Mikrometern, können die Lunge, den Blutkreislauf und sogar das Herz schädigen. Konstante Belastung kann zu extremen gesundheitlichen Schäden führen.

Junge und alte Menschen sind besonders gefährdet, weil ihr Alter ihre Organe besonders angreifbar macht. Wer sich den Mikropartikeln wiederholt aussetzt oder in ein betroffenes Gebiet reist, sollte sich gegen das Gesund-

heitsrisiko schützen. Leider gibt es nicht viel, was man tun kann. Eigentlich nur Luftfilter für Zuhause und N95 Masken, die das Einatmen von schädlichen Stoffen etwas reduzieren.

Aber auch wenn Indien im Fokus der Welt alle bekannten Werte überschritten hat, Stadtbewohner auf der ganzen Welt werden sich früher oder später mit dieser Materie beschäftigen müssen. Anfang dieses Jahres hat eine Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Luftqualität in 80 Prozent aller Städte der Welt als ‹gesundheitsschädlich› bezeichnet.

Smog-Masken als neuer Standard

Die Menschen in Neu-Delhi kämpfen inzwischen für gute Luft. Geschäfte freuen sich über den Ansturm auf die Smog-Masken, verängstigte Bürger stehen allerdings bis zu 10 Stunden vor der Eingangstür, um sich eine Atemmaske zu sichern, schreibt der ‹Guardian›.

Indiens Eltern sind besonders um ihre Kinder besorgt. Selbst die Schulen in Neu-Delhi sind für die nächsten drei Tage geschlossen. Kein Wunder, denn die Sichtweite beträgt aktuell ein paar Meter, nicht mehr.

Quelle: <https://www.berlinjournal.biz/luftverschmutzung-neu-delhi/>

Sturm auf Mosul: Zwischenbilanz eines Generals

Interview mit einem Brigadegeneral der Peshmerga

Von ANDREAS SCHMIDT und SYLVIO HOFFMANN



Brigadegeneral Hazhar Omar Ismail in seinem Büro im Peshmerga-Ministerium der kurdischen Regionalregierung in Erbil

Brigadegeneral Hazhar Omar Ismail, Director of Coordination and Relations am Ministry of Peshmerga Affairs, ist der erste in den USA ausgebildete kurdische Offizier. 2013 machte er seinen Abschluss am Pennsylvania Military College. Er empfängt uns in seinem Büro im Ministerium der Peshmerga. Das Gebäude darf von aussen nicht fotografiert werden und ist auch auf Google Maps nicht zu finden. Wir werden trotzdem freundlich empfangen und dürfen dem General, beim obligatorischen Schwarztee, unsere Fragen zur aktuellen Lage in und um Mosul stellen.

General Ismail, seit nun 19 Tagen dauert die Offensive zur Befreiung Mossuls an: Was lässt sich bis jetzt über die Militäroperationen sagen?

Im Grossen und Ganzen muss ich die bislang andauernde Operation als erfolgreich bezeichnen. Die Kooperation mit den irakischen Sicherheitskräften erweist sich als gut organisiert und im Umkehrschluss als sehr fruchtbar. Seitdem Masud Barzani (Präsident der Autonomen Region Kurdistan), sich in Bagdad mit der Zentralregierung getroffen hat, um Umfang und Details der Zusammenarbeit zu klären, bewegen wir uns militärisch gesehen auf einem klaren Kurs. Alleine die Streitkräfte der Peshmerga haben über 30 Dörfer auf dem Weg nach Mosul von Daesh (arabisches Akronym für den ‹Islamischen Staat›, Anm. d. Red.; Anm. FIGU: Islamistischer Staat) befreit. Bashika – eine Kleinstadt in Schlüsselposition zwischen Erbil und Mosul – ist komplett umzingelt und der ‹Islamische Staat› (Anm. Islamistischer Staat) wird auch bald dort schon vertrieben sein.

Können Sie sagen, wie lange die Operationen noch dauern werden?

Obwohl wir stetig Fortschritte verzeichnen, muss man die Gefahren bedenken, die den Weg nach Mosul so riskant machen. Der ‹Islamische Staat› (Anm. Islamistischer Staat) war sich ja stets bewusst, dass es irgendwann den gross angelegten Versuch geben würde, die von ihm besetzten Gebiete zurückzuerobern. Somit hatte er zwei

Jahre Zeit, sich darauf vorzubereiten. Die Strassen und Dörfer auf dem Weg nach Mossul sind in hoher Dichte mit Minen versehen. Es gibt Tunnelsysteme, über die sich IS-Kämpfer versorgen und im Häuserkampf auch schnell bewegen können. Wenn sie einen Ort aufgeben, bringen sie Sprengsätze und Fallen an, die dann durch unsere Soldaten entschärft werden müssen (Anmerkung des Autors: Bis dato sind 131 Peschmerga durch Sprengfallen gestorben).

Das ist nicht nur immens gefährlich, sondern kostet vor allem Zeit. Manchmal bleiben auch einzelne Scharfschützen in den Dörfern, die dann unsere Leute in vermeintlich sicherer Umgebung angreifen. Allgemein wird alles versucht, um den Vormarsch der Koalitionskräfte zu hindern; dadurch leidet natürlich am meisten die Zivilbevölkerung. Südlich von Mossul bei Qayyarah hat der IS schon im August Ölfelder angezündet, die seitdem durchgehend brennen und giftigen Rauch abgeben. Auch die brennende Fabrik al-Mishraq, welche Tonnen giftigen Schwefels in die Luft schleuderte, geht auf ihr Konto. Um auf ihre Frage zurückzukommen; man muss bedenken, dass der Kampf um Dörfer und Strassen auf allgemein offenem Terrain viel einfacher ist, als das, was noch bevorsteht. Mossul ist eine Millionenstadt und schon jetzt ist klar, dass der IS die Zivilbevölkerung als Schutzschild benutzt. Im Häuserkampf kommt man viel langsamer voran, und es ist viel schwerer, einzelne Viertel zu isolieren und folglich zu sichern. Dass der IS militärisch besiegt werden wird, steht für mich ausser Frage. Wie sehr das auf ideologischer Ebene geschehen wird, und wie man das überhaupt messen kann, ist zu diesem Zeitpunkt nicht festzustellen.

Es gibt Berichte von Gasattacken seitens des IS, können Sie das bestätigen?

Der Einsatz von Giftgas ist kein Einzelfall oder eine Ausnahme. Wir konnten sogar eine Entwicklung in der Anwendung beobachten. 2014 war es meistens Chlorgas, nun gibt es auch Attacken mit Senfgas. Wir hatten bislang rund 450 Peschmerga, die mit Verletzungen durch Giftgas ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Da gab es bislang noch keinen Todesfall. Bei der Zivilbevölkerung sieht es anders aus, vor ungefähr vier Monaten sind eine Frau und zwei Kinder gestorben.

Wie wird zukünftig mit den befreiten Gebieten umgegangen werden?

Viele Dörfer sind während der Kämpfe stark beschädigt worden. Dazu kommen die zahlreichen Sprengfallen und Minen, die die Ortschaften unbewohnbar machen. Schon jetzt gibt es hier über 1,8 Millionen Binnenflüchtlinge, durch Kämpfe in Mossul selber werden schätzungsweise zwischen dreihundert- und siebenhunderttausend dazukommen. Unser Ziel ist es, so schnell wie möglich allen Menschen eine sichere Rückkehr in ihr Zuhause zu ermöglichen. Dafür benötigen wir aber immense Unterstützung. Nicht nur von der Zentralregierung in Bagdad, sondern auch von internationalen Hilfsorganisationen und unseren Koalitionspartnern im Westen. Nur mal als Beispiel: In den Gebieten, die zur autonomen Region Kurdistan gehören, leben ca. 5,5 Millionen Menschen. Schon jetzt leben aber in den Gebieten, die von den Peschmerga befreit wurden und nun gesichert werden, etwa zehn Millionen. Den Wiederaufbau und die darauf folgende Rückkehr zu ermöglichen, ist also eine gewaltige Aufgabe.

Danke, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Gibt es noch irgendetwas, was Sie hinzufügen möchten?

Durchaus. Unsere Koalitionspartner müssen sich klar machen, dass die Peschmerga nicht nur für sich selbst kämpfen. Wir kämpfen für alle Minderheiten und Zivilisten, die unter der Herrschaft des IS gelitten haben, seien sie Kurden oder nicht. Wir erfüllen diese Aufgabe gerne und mit Stolz, auf Dauer liegt es aber im Interesse aller, gemeinsam für Frieden und Kooperation in dieser Region zu sorgen. Dafür brauchen wir weiter Unterstützung. Eigentlich wird uns diese durch die irakische Verfassung garantiert, aber die irakische Regierung tut sich schwer damit. Zeitweise haben sie sogar aufgehört, Geld für Gehälter zu überweisen.

Ein grosses Thema ist die Sicherheit. Seit 2014, also seit dem der IS sich offiziell im Irak etabliert hat, haben wir über zweitausend Tote und neuntausend verletzte Peschmerga zu verzeichnen. Es fehlt an schuss sicheren Westen, Gasmasken und Helmen. Viele unserer jungen Leute sind gezwungen, sich ihre Ausrüstung selbst zu kaufen. Viele Waffen sind noch aus den 1990ern. Um im Irak und auch in der Kurdischen Autonomen Region langfristig Stabilität und Frieden zu schaffen, bedarf es der Kooperation und Unterstützung. Auf militärischer Ebene und im Hinblick auf den Wiederaufbau. Die Menschen hier brauchen eine Perspektive.

(Das Gespräch führte Andreas Schmidt, die Fotos stammen von Sylvio Hoffmann)

Quelle: <http://www.hintergrund.de/201611074143/globales/kriege/sturm-auf-mosul-zwischenbilanz-eines-generals.html>

Türkischer Aussenminister stellt klar: «Das Volk will die Todesstrafe – und meine Frau auch»

16. November 2016 - 7:26



Der türkische Aussenminister Cavusoglu (m.) rechtfertigt die Einführung der Todesstrafe damit, dass auch seine Frau dafür sei. Foto: Estonian Foreign Ministry / wikimedia (CC BY 2.0)

Zu einem verbalen Schlagabtausch mit internationaler Beachtung kam es zwischen dem deutschen Aussenminister Frank-Walter Steinmeier und seinem türkischen Kollegen Mevlüt Cavusoglu bei einem Treffen in Ankara. Die Türkei warf Deutschland vor, tausenden Mitgliedern der verbotenen kurdischen PKK (Arbeiterpartei) Unterschlupf zu gewähren. Deutschland kritisierte im Gegenzug die Verhaftungswellen nach dem missglückten Putschversuch im Juli.

Todesstrafe gegen Putschisten und Gegner gewollt

Weil sich die Beitrittsverhandlungen der Türkei zur EU immer noch ohne Ergebnis in die Länge ziehen, schien es dem Aussenminister zu reichen. Er forderte von seinem deutschen Amtskollegen Steinmeier eine gleichberechtigte Partnerschaft seines Landes, wie «Die Welt» berichtet.

Europa winkt nur zögerlich ab

Weil jedoch viele europäische Staaten, insbesondere Österreich, die Beitrittsverhandlungen abbrechen wollen und Luxemburg zuletzt sogar Sanktionen für den Präsidenten Recep T. Erdogan und sein Regime forderten, winkte nun auch der deutsche Aussenminister in Ankara ab. Er nannte als Begründung auch die türkischen Überlegungen zur Todesstrafe für Anhänger der vorgeblichen Putschisten.

«Gnadenfrist» für die EU

«Das Volk will die Todesstrafe und meine Frau auch», entgegnete Mevlüt Cavusoglu daraufhin schlicht, aber bestimmt. Bis Ende des Jahres wolle sich die Türkei laut Erdogan aber noch geduldig zum Thema Beitrittsverhandlungen zeigen, danach solle sein Volk darüber entscheiden.

Quelle: <https://www.unzensuriert.at/content/0022340-Tuerkischer-Aussenminister-stellt-klar-Das-Volk-will-die-Todesstrafe-und-meine-Frau>

Freihandelsabkommen TTIP zerstört alles, wofür Europa je gekämpft hat!

9. November 2016 - 9:44; Gastkommentar von Yannick Esters

Wir alle wissen, dass mit dem gerade verhandelten Freihandelsabkommen TTIP die Gefahr einhergeht, dass amerikanische genveränderte Lebensmittel auf unseren Tellern landen und wir im Endeffekt von einigen grossen Nahrungsmittel-Riesen abhängig sein könnten.

Und tatsächlich: TTIP nimmt uns unsere Freiheit als Verbraucher und macht uns zu Geiseln einiger weniger grosser Konzerne! Doch nicht nur Verbraucherschutz- und Umweltorganisationen betonen die Gefahr, die von TTIP ausgeht, auch Ökonomie-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz glaubt, dass die Gefahren von TTIP in Deutschland nicht übertrieben, sondern unterschätzt werden. Denn es ist der Schaden, der für Verbraucherschutz und Demokratie entsteht, der wirklich gefährlich ist.

Abbau europäischer Regeln zugunsten US-Regeln

Weniger ein Handelsabkommen, wollen multinationale Konzerne mit TTIP vielmehr ganze Staaten in Europa kontrollieren. Es geht um den Abbau von europäischen Regeln zugunsten amerikanischer Regeln, denn die US-Multis stören sich an den sogenannten nicht-tarifären Handelshemmnissen, die es auch im Datenschutz oder in der Kennzeichnungspflicht gibt. Unter TTIP könnten US-Konzerne europäische Staaten verklagen, sofern deren Gesetze ihre Gewinne schmälern, und da wir alle die klagefreudigen Amerikaner kennen, wissen wir, was da auf uns zukommt.

Warum arbeiten EU-Vertreter gegen die Interessen Europas?

Doch was tun? Vielleicht sollten wir uns gegen US-Multis wehren, denen es lediglich um das Durchsetzen ihrer Interessen geht und die Verhandlungen mit durch unsere Steuergelder finanzierten EU-Vertretern führen. Warum entscheiden diese sich eigentlich nicht für das Wohl derer, die sie finanzieren?

Lesen Sie mehr zu den Hintergründen und geheimen Verhandlungen zum TTIP-Abkommen und darüber, wie wir dabei an der Nase herumgeführt werden: <http://www.watgate.tv/2016/08/01/ttip-gefahr/>

Quelle: <https://www.unzensuriert.at/content/0022276-Freihandelsabkommen-TTIP-zerstoert-alles-wofuer-Europa-je-gekaempft-hat>

Aus Angst vor Trump und Glück für uns Europäer: TTIP wird auf Eis gelegt

Deutsche Wirtschaft Nachrichten; Fr, 11 Nov 2016 17:51 UTC

Die EU legt das Handelsabkommen TTIP <auf Eis>. Es ist unwahrscheinlich, dass das Abkommen in absehbarer Zeit wieder aufgetaut wird.

Cecilia Malmström sieht aktuell keine Chance für das TTIP: Nach der Wahl von Donald Trump zum künftigen US-Präsidenten legt die EU laut AFP das Freihandelsabkommen TTIP auf Eis. Es werde <für einige Zeit> eine <Pause> in den Verhandlungen geben, sagte die zuständige EU-Kommissarin Cecilia Malmström am Freitag nach einem Treffen der Handelsminister in Brüssel. Unter dem künftigen Präsidenten Trump sei völlig unklar, <was passieren wird>. Frankreich erklärte die Verhandlungen bereits für <tot>.

Auch das TTP-Abkommen der USA mit den Pazifik-Staaten ist hinfällig: Die Republikaner erklärten am Freitagabend, das von US-Präsident Barack Obama vorangetriebene Abkommen nicht weiter verhandeln zu wollen, berichtet das Wall Street Journal.

Der Republikaner Trump hatte im Wahlkampf Freihandelsverträge kritisiert **und für die Vernichtung von Arbeitsplätzen in der US-Industrie verantwortlich gemacht**. TTIP werde nun <wahrscheinlich in den Gefrierschrank> wandern, sagte Malmström. Es sei ungewiss, <wann es wieder aufgetaut wird>. Die EU-Kommissarin Cecilia Malmström sagte laut Diplomaten vor den Ministern, sie wisse nicht, ob dies <Monate> oder <ein, zwei oder drei Jahre> dauern oder überhaupt passieren werde.

Angesichts des Machtwechsels in Washington sei <sehr klar>, dass keine Vollendung von TTIP unter der Regierung des scheidenden demokratischen Präsidenten Barack Obama mehr geben werde, sagte der deutsche Wirtschaftsstaatssekretär Matthias Machnig. Nach Trumps Amtsantritt im Januar müsse dann geprüft werden, «wie wir mit TTIP weitermachen können, ob wir mit TTIP weitermachen können.»

Machnig betonte gleichzeitig, dass die EU nun <höhere Standards> bei Freihandelsabkommen etwa in den Bereichen Umwelt, Gesundheitsvorsorge oder Arbeitnehmerrechten anlege. Das gerade unter grossen Mühen geschlossene Freihandelsabkommen CETA mit Kanada sei auch «die Messlatte für die Verhandlungen mit den USA», sagte der Staatssekretär. «Wir werden nicht hinter CETA zurückfallen.»

Frankreichs Aussenhandelsstaatssekretär Matthias Fekl forderte, die Verhandlungen zu stoppen. «Sie sind tot und ich glaube, dass alle das wissen, auch wenn es viele nicht zugeben wollen.» Die Regierung in Paris hatte schon vor der US-Wahl einen Stopp der Verhandlungen gefordert und den bisherigen Vertragsentwurf **als <inakzeptabel> bezeichnet**.

Schwedens Europa- und Handelsministerin Ann Linde sagte, sie glaube nicht, dass TTIP schon tot sei. «Ich glaube aber, dass es wohl für einige Jahre keine weiteren Verhandlungen geben wird.»

Die EU-Kommission verhandelt seit 2013 mit den USA über das Abkommen. Die Mitgliedstaaten hatten der Kommission das Verhandlungsmandat ursprünglich einstimmig erteilt. Neben Frankreich forderte zuletzt aber auch Österreich einen Verhandlungsstopp, auch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat sich von dem Abkommen distanziert. Offiziell unterstützt die Bundesregierung den Freihandelsvertrag aber weiter.

Quelle: <https://de.sott.net/article/26891-Aus-Angst-vor-Trump-und-Glueck-fur-uns-Europaer-TTIP-wird-auf-Eis-gelegt>

Der ‹Volkspräsident› und die Geheimdienste – wird Trump den Apparat unter Kontrolle bekommen oder einknicken?

RT Deutsch; Fr, 11 Nov 2016 14:08 UTC

Am Donnerstag fand das erste Treffen des designierten US-Präsidenten Donald J. Trump mit den Leitern der Geheimdienste statt. Die unkonventionellen politischen Ansätze des Newcomers im Weissen Haus sorgen dort für einige Irritationen.

Der Wahl des Aussenseiters Donald J. Trump zum 45. Präsidenten der USA hat nicht nur die politische Elite selbst in Schockstarre versetzt. Auch in jenen Institutionen, deren Aufgabe es über Jahrzehnte war, dieser zuzuarbeiten und ihr Entscheidungsgrundlagen auf der Basis eines geteilten Konsenses zu liefern, machen sich teils Entsetzen, teils Ratlosigkeit breit.

Die US-Geheimdienste gehören zu jenen Einrichtungen, die mit der grössten Unsicherheit den Amtsantritt des 70-jährigen Immobilienmagnaten erwarten, der noch nie zuvor ein politisches Amt bekleidet hatte. Erst im Juni 2015 in die Politik eingetreten, wird Trump vom 20. Januar 2017 an die Richtlinien der Arbeit der Geheimdienste bestimmen und Zugang zu deren geheimsten Informationen bekommen.

Am Donnerstag hat, so schreibt die ‹Washington Post› (WP), Trump erstmals an einer Sichtung der Ergebnisse des täglichen Präsidenten-Briefings teilgenommen. Diese streng geheime Zusammenfassung der Sicherheitsentwicklung findet täglich statt und der designierte Präsident wird diesmal über die gleichen Inhalte unterrichtet wie der noch amtierende Barack Obama.

Anschliessend nahm Trump noch an mehreren Treffen mit hohen Funktionsträgern der CIA teil, in denen er über geheime Operationen des Dienstes gegen Terroristen, über weltweit abgefangene Kommunikationen politischer Führer und Satellitenfotos von Nuklearkomplexen in Nordkorea in Kenntnis gesetzt wurde.

Zusammenkünfte dieser Art dienen der Vorbereitung auf die spätere Zusammenarbeit mit den Sicherheitsdiensten. Diese könnte sich in diesem Fall nicht frei von Unwägbarkeiten darstellen. Die Geheimdienst-Community fühlt sich durch eine Reihe von Aussagen, die Donald J. Trump im Laufe seiner überaus kurzen politischen Laufbahn getätigt hat, bereits jetzt mächtig auf den Schlipf getreten. Die ‹Washington Post› schreibt gar von ‹erheblicher Verachtung›, die Trump den Diensten entgegenbrachte. Die anerkennenden Worte, die der designierte Präsident in seiner ersten Rede nach der Wahl über die Angehörigen der Geheimdienste gerichtet hatte, konnten diese Misstimmung nicht restlos ausbügeln.

Dass die Wunschkandidatin der Geheimdienste, Hillary Clinton, trotz jahrzehntelanger politischer Erfahrung und eines überwältigenden Rückhalts aus Politik, Medien und Bürokratie gegen den Newcomer aus Queens verlor, hat auch in den Apparaten selbst für Katzenjammer gesorgt. Bereits im Vorfeld der Wahl waren Berichte in den Medien aufgetaucht, wonach bis zu 35 Prozent aller Staatsbediensteten daran dächten, im Falle der Wahl Trumps zum Präsidenten ihren Dienst zu quittieren. Die Wähler des Milliardärs scheinen dies eher als Bestätigung hinsichtlich ihrer Wahlabsicht gesehen zu haben, die Behörden selbst stellt es nun vor eine gewisse Unsicherheit. Ein nicht unerheblicher Teil der Beamten, die das Handtuch werfen wollen, scheint aus dem Sicherheitsapparat zu kommen.

Der pensionierte Air-Force-General und ehemalige CIA-Direktor Michael Hayden, der 2008 die Einführung des frischgewählten, höchst skeptischen Barack Obama in die Antiterror-Operationen des Nachrichtendienstes gestaltet hatte, erklärte, die Beamten würden ihrem ersten Treffen mit Trump auf professionelle Weise, aber auch konsterniert entgegensehen.

«Ich kann mich an keinen gewählten Präsidenten erinnern, der sich über Geheimdienstinformationen, die er während einer Wahlkampagne erhalten sollte, so abschätzig verhalten und sich so skeptisch über die Qualität und Authentizität von Informationen geäussert hätte», erklärte Hayden am Mittwoch in einem Telefoninterview mit der WP.

Die Treffen mit Trump in den kommenden Wochen werden voraussichtlich in professioneller Weise durchgeführt, aber würden von ‹ein wenig Vorsicht, ein wenig Sorge› gekennzeichnet sein. Die Zeitung zitiert auch einen anonymen Offizier des Geheimdienstes, der am Tag nach der Wahl ‹halb ängstlich, halb abwartend› zur Arbeit gegangen sei. Es sei ungewiss, ob es eine Austrittswelle aus dem Dienst von Leuten geben werde, die zwar bereit gewesen wären, mit Hillarys Team zusammenzuarbeiten, aber nun mit Blick auf einen künftigen obersten Dienstherrn Donald J. Trump ans Aufgeben denken.

Neben gekränkter Eitelkeit sorgt unter anderem auch Trumps Ankündigung aus dem Wahlkampf für Irritationen, der CIA die Rückkehr zu Verhörmethoden aufzutragen, die von US-amerikanischen Gerichten und im Lichte internationaler Konventionen als Folter eingestuft werden. Im Jahr 2009 hatte Obama zusammen mit der Führung und dem Kongress dafür gesorgt, dass diese Praktiken eingestellt wurden und eine Rückkehr dazu ausgeschlossen war.

Zwar ruderte Trump im weiteren Verlauf des Wahlkampfes kontinuierlich zurück, ein Programm, das die Wiedererrichtung von Geheimgefängnissen im Ausland beinhalten würde, könnte der neue Präsident aber durchaus in die Wege leiten. Der frühere Chefberater der CIA, John Rizzo, bezweifelte, dass sich Länder dazu bereit erklären würden – eine Behauptung, für die die jüngere Geschichte allerdings keine zwingenden Anhaltspunkte liefert.

Allerdings könnte ein erheblicher Teil der Bediensteten sich weigern, Anordnungen dieser Art auszuführen. «Vor dem Hintergrund dessen, was es den Dienst an Ansehen kostet», erklärte Rizzo, «gäbe es extrem starke Widerstände.» Sollte auf Trump eines Tages ein Präsident folgen, der sich den aktiven Kampf gegen Folter oder ungesetzliche Anhaltungen auf die Fahnen geschrieben hat, hätten die Beteiligten zudem Konsequenzen zu befürchten.

Vor allem aber stören sich die Geheimdienstspitzen an Trumps Positionen zu Syrien und Russland. Eine flapsige Bemerkung im Wahlkampf, die von seinen Gegnern als Aufforderung an den Kreml interpretiert wurde, Clintons E-Mails zu stehlen, und seine Zurückweisung von Schlüssen vonseiten der Geheimdienste, wonach Russland hinter einer Cyberattacke auf seine Widersacherin und die Demokratische Partei stecken würde, werden in den Kreisen der Dienste als noch nie gekannter Affront betrachtet.

Trump stellte die Darlegung als nicht fundiertes Gerücht dar. Im letzten Monat sagte er: «Ich weiss nicht, ob sie (die Russen) dahinterstecken, und **um ehrlich zu sein, ich denke, dass das PR ist.**»

Die Vorstellung, dass sich die Dienste diesen Misstrauensvorschuss vonseiten des gewählten Präsidenten – den im Übrigen auch weite Teile seiner Wählerschaft mit ihm teilen – auch durch zweifelhaftes Agieren in den eigenen Reihen selbst erarbeitet haben könnten, scheint in deren Chefetagen nicht weit verbreitet zu sein.

Dass es höchst unzuverlässige Informationen waren, die Bushs Regierung 2003 zur Begründung der Invasion im Irak herangezogen hatte, oder dass auch in weiterer Folge zahlreiche Einschätzungen eher einer politischen Agenda als einer objektiven Abwägung geschuldet waren, ist vielen offenbar nicht mehr präsent.

Es werden vor allem zwei wesentliche Problembereiche sein, die über die Qualität und Effizienz der künftigen Zusammenarbeit zwischen Donald J. Trump und den US-Geheimdiensten entscheiden. Einen davon spricht die «Washington Post» an, wenn sie darauf hinweist, dass der künftige Präsident mit Blick auf die von ihm angekündigte Bekämpfung terroristischer Gruppen noch nicht deutlich gemacht hat, welche Einheiten er dafür abstellen wolle und in welcher Weise. Hier wäre es jedoch die Aufgabe der Dienste selbst, mögliche Szenarien und Wege darzustellen, um dem Präsidenten eine Entscheidungsgrundlage zu liefern.

Der andere wird hingegen das Arbeitsparadigma sein, auf dessen Basis die Dienste ihre Quellen auswählen, ihre Informationen einholen, diese auswerten und in weiterer Folge ihre Analysen weiterreichen. Mit Blick auf die Russische Föderation scheint **dieses Arbeitsparadigma aus der Zeit des Kalten Krieges zu stammen**, als die CIA und andere Dienste vor allem aus der Sowjetunion Geflüchtete oder bezüglich deren Regierung antagonistische Kräfte als Quellen nutzte.

Diese und ihre Einschätzungen dürften bis heute auch das Bild der Russischen Föderation als Rechtsnachfolgerin des untergegangenen sozialistischen Grossreiches bestimmen. Aus Sicht des Grossteils der US-amerikanischen Geheimdienstcommunity ist die Russische Föderation immer noch ein aggressives, von unbelehrbaren Alt- und Nationalkommunisten gelenktes Staatswesen, in dem der FSB als KGB 2.0 die Entscheidungen trifft und das die osteuropäischen Nachbarstaaten drangsaliert, um eines Tages wieder den sowjetischen Machtbereich mit den Grenzen von 1949 herzustellen.

Bisherige Präsidenten und Präsidentschaftskandidaten haben dieses Paradigma nie in Frage gestellt, zumal es jeweils wie angegossen in ihr Weltbild passte. Republikaner wie die Mitglieder der Bush-Familie, John McCain, Bob Dole oder Mitt Romney betrachteten Russland sowohl aus ihrer antisowjetischen Prägung als auch aus ihrer Affinität zu neokonservativen Gedankengängen heraus als Gefahr. Bei den Kandidaten und Amtsinhabern der Demokraten ist es vor allem deren Neigung zum liberalen Interventionismus, der sie zu der festen Überzeugung gelangen lässt, das Werbeverbot für nicht traditionelle Beziehungen gegenüber Minderjährigen oder Haftstrafen für die «Pussy-Riot»-Frauen zum Anlass für eine Politik der Konfrontation nehmen zu müssen.

Donald J. Trump hingegen ist der erste Präsident neuen Typs, der ins Amt eintritt. Er vertritt kein geschlossenes ideologisches Weltbild – weder ein liberales noch ein konservatives –, analysiert die politische Sachlage aus dem

Blickwinkel eines durchschnittlichen amerikanischen Kleinstadtbewohners und zeigt wie dieser keinerlei Ambitionen, die Welt durch Demokratie, den American Way of Life oder was auch immer zu erlösen. Ihn interessiert zuvorderst seine eigene Nation und keine globale Mission in welcher Form auch immer.

Seine im Wahlkampf immer wieder aufgebrachte Frage, was denn falsch daran sei, ein gutes Verhältnis zu Russland zu suchen, ist eben nicht – wie es die Ideologen in Parteiführungen, Think-Tanks, Medien und eben auch Geheimdiensten interpretieren – Ausdruck einer durch Moskau gesteuerten, subtilen Unterwanderungskampagne, sondern ein ehrlicher Ausdruck angewandten Menschenverstandes. Eines Menschenverstandes, der das Urteilsvermögen von Joe Sixpack aus einer von Dutzenden Reihenhaussiedlungen am Stadtrand von Stephenville, Texas bestimmt, aber nicht mehr unbedingt das des Think-Tank-Analysten aus Washington, D.C.

Für einen Geheimdienstapparat, der über Jahrzehnte hinweg gelernt hatte, Moskau als einen Hort des Bösen zu sehen und hinter jedem Schritt russischer Politiker eine versteckte Massnahme zur Unterminierung US-amerikanischer Interessen zu wittern, stellt das Ansinnen Trumps, eine sachliche Basis zur Zusammenarbeit mit Russland zu suchen, fast eine narzisstische Kränkung dar. Es wird sich zeigen, inwieweit die Dienste in der Lage sind, sich auf ein neues, gegenüber Russland weniger distanzierendes Arbeitsparadigma einzustellen.

Trump fehlt es als politischem Neuling natürlich auch an Vertrauten innerhalb des Apparats. Eine bedeutsame Funktion in seiner Administration wird jedoch voraussichtlich der ehemalige Leiter der Defense Intelligence Agency Generalleutnant Michael Flynn einnehmen, der als Vertreter einer Entspannungspolitik gegenüber der Russischen Föderation gilt. Seine Beliebtheit innerhalb der Dienste ist enden wollend, andererseits ist er mit Abläufen und Strukturen vertraut und dürfte in der Lage sein, die erforderlichen Schritte zu veranlassen, um sicherzustellen, dass die Geheimdienste mit Trump arbeiten und diesen nicht sabotieren.

Neben Flynn gilt auch der frühere Bürgermeister von New York City, Rudolph W. Giuliani, als zukünftiges Schwergewicht der Regierung Trump in Sicherheitsfragen.

Grundsätzlich wird sich vorerst nicht viel an der Arbeit der Dienste ändern. Die alltäglichen Arbeitsdirektiven im Geheimdienst bleiben in Kraft, bis sie aktiv verändert werden. Dies gilt unter anderem auch für die Vorschriften über den Drohneneinsatz oder Kommandoteams. Trump könnte diese natürlich modifizieren, er wird jedoch bestrebt sein, dies in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen und, wo erforderlich, in Abstimmung mit dem Kongress durchzuführen.

Am Ende werden die zwischenmenschliche Chemie und der persönliche Zugang des Präsidenten und seiner Vertrauensleute im Kabinett zu den Entscheidungsträgern in den Diensten darüber entscheiden, ob die Zusammenarbeit zwischen Weissem Haus und Geheimdiensten eine konstruktive sein wird oder eine fast feindselige wie zu Zeiten Richard Nixons. Nicht irgendwelche Ideologien.

Die CIA und die anderen Sicherheitsdienste sind nämlich vor allem eines – staatliche Behörden. Als solche sind sie schwerfällig und nur unter grossen Kraftanstrengungen reformierbar, andererseits beständig und eingespielt. Sie sind steuerbar, aber wollen verstanden werden. Für den neuen starken Mann im Weissen Haus wird das eine entscheidende Herausforderung darstellen. Ein Konzernchef gegen eine Bürokratie – dieses Match wird auch einen wesentlichen Teil der ersten Amtszeit Trumps prägen.

Quelle: <https://de.sott.net/article/26877-Der-Volkspräsident-und-die-Geheimdienste-Wird-Trump-den-Apparat-unter-Kontrolle-bekommen-oder-einknicken>

Jetzt wundern sie sich, dass in Moldau und in Bulgarien bei Wahlen die Freunde der Europäischen Union verloren haben

14. November 2016 um 14:48 Uhr; Verantwortlich: Albrecht Müller

Die Süddeutsche Zeitung meldet: «Wahlen in Bulgarien und Moldau. Prorussische Kandidaten gewinnen Wahlen in Bulgarien und der Republik Moldau.» Sich darüber zu wundern, ist grotesk. Die Europäische Union hat die Erwartungen auch nicht andeutungsweise befriedigt. Im Gegenteil. In den dortigen Ländern hat man erkannt, dass die Europäische Union sich als Störfaktor des friedlichen Miteinanders zwischen West und Ost instrumentalisieren lässt. Und noch etwas anderes: Die Vertreter der Europäischen Union und Politiker der westlichen Länder haben wirtschaftliche Erwartungen geweckt, die auch nicht andeutungsweise befriedigt worden sind. Im Gegenteil. Unter der Führung Deutschlands hat die Europäische Union die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verschärft.

Mit der Vorstellung, die Welt sei in Ordnung, wenn wir in Deutschland Exportüberschüsse erzielen, hat die Bundesregierung zusammen mit wenigen gleichgesinnten EU-Ländern den Neumitgliedern der Europäischen Union die Luft zum Atmen weggenommen. Ihre Industrien sind zunehmend weniger konkurrenzfähig geworden.

Die Sozialleistungen sind zusammengestrichen worden. Es gibt in Europa keinen Plan dafür, wie die Arbeitsteilung zwischen unseren Ländern so gestaltet und organisiert werden müsste, dass alle Erfolg haben können.

Ich beobachte zum Beispiel seit 25 Jahren die Entwicklung in Kroatien. Die Erwartungen waren hoch. Brüssel hat da und dort Geld gegeben. Man kann auf einer Autobahn von Zagreb nach Split und Ploce und bald weiter bis Dubrovnik fahren. Aber was hat die Europäische Union getan, um den jungen Leuten eine berufliche Perspektive zu erhalten und den Älteren einen Arbeitsplatz? Die De-Industrialisierung wurde gefördert, nicht willentlich, sondern de facto angetrieben vom deutschen Diktat.

So werden nach Griechenland immer mehr Länder zu Armenhäusern dieses eigentlich wunderbaren Europas. Und Herr Schäuble, Frau Merkel, Herr Gabriel, Herr Steinmeier und der Präsident des europäischen Parlaments Schulz machen weiter europäische Sprüche – sie sind im Kern Populisten. Sie können von der Popularität der für andere Völker tödlichen Exportweltmeisterschaft leben.

Nebenbei: Jetzt habe ich das Wort Populist gebraucht. Ich wollte es auf diese Weise und in diesem Kontext ad absurdum führen, indem ich zeige, dass dieser Begriff locker auf Frau Merkel, Herrn Schäuble und Herrn Gabriel anwendbar ist. Und auf Frau Clinton sowieso. Sie frönt der schlimmsten Form des Populismus, der Bewunderung für Krieg und Gewalt. Dafür gibt es viele Anhänger im Volk.

Europa wird leider weiterhin an Zusammenhalt verlieren. Es sei denn, die deutsche Bundesregierung kommt zur Vernunft. Das ist aber bisher auch in Andeutungen nicht erkennbar.

P.S.: Bei der Entscheidung der Wählerinnen und Wähler in Moldau und in Bulgarien spielte auch das Verhältnis zwischen dem Westen und Russland eine Rolle. Die Botschaft ist einfach zu verstehen: Wir wollen friedlich mit beiden leben, mit dem sogenannten Westen, also konkret der Europäischen Union und mit Russland.

Was ist an dieser Willensbekundung falsch? Es ist genau die richtige.

Quelle: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=35818>

Transatlantiker in der EU zunehmend unter Druck

Von REDAKTION, 14. November 2016

In Bulgarien und Moldau setzten sich am Sonntag bei Präsidentschaftswahlen prorussische Kandidaten durch.

Für das EU-Establishment kommen dieser Tage die Hiobsbotschaften Schlag auf Schlag, dabei ist der Schock über den Sieg Donald Trumps bei den US-Präsidentschaftswahlen noch längst nicht verdaut. Dessen versöhnliche Worte gegenüber Russland – «Ich glaube, Putin und ich kämen gut miteinander aus» – treiben den Transatlantikern innerhalb der Brüsseler Machtetagen den Angstschweiß auf die Stirn. Sie fürchten eine Aufweichung der Front gegen Russland.

Eine Annäherung Moskaus an die USA «wäre eine grosse Gefahr für Europa», so Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, in einem Gespräch mit Deutschlandradio Kultur. «Es würde bedeuten, dass die Einheit des Westens, die unsere eigentliche Stärke ist – das Wichtigste, was wir haben – auf diese Weise einen Riss bekommen und gespalten würde. Das wäre fatal.»

Auf die Frage, ob eine solche Annäherung nicht auch etwas Positives hätte, da sie beispielsweise zur Lösung des Syrien-Konfliktes beitragen könnte, antwortete der CDU-Politiker, dieser Preis sei «zu hoch», weil es bedeuten würde, «dass der Westen nicht im Sinne unserer Werte, das sind Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, auf diese Konfliktherde einwirken würde.»

Röttgens lettische Amtskollegin Ojars Kalnins nannte Trumps Haltung «gefährlich und unverantwortlich». Im Baltikum sitzt der Schock besonders tief angesichts der Tatsache, dass nicht die russlandfeindliche Hillary Clinton die US-Präsidentschaftswahl gewonnen hat. Trumps Wahlsieg sei «ein dramatischer Tag für Lettland und ganz Osteuropa», äussert sich beispielsweise die lettische EU-Abgeordnete Sandra Kalniete.

Dass Newt Gingrich als Trumps Aussenminister gehandelt wird, lässt die Sorgenfalten in den baltischen Hauptstädten nicht kleiner werden. Gingrich hatte Estland im Wahlkampf als «Vorort von St. Petersburg» bezeichnet und betont, die USA würden im Falle eines Ukraine-Szenarios in dem Baltenstaat keinen Nuklearschlag riskieren.

Beim Antrittsbesuch der neuen estnischen Präsidentin Kersti Kaljulaid am Freitag in Berlin sagte hingegen Noch-Bundespräsident Joachim Gauck ihrem Land den militärischen Beistand Deutschlands gegen «das russische Machtstreben» zu. «Wenn es gilt, die Sicherheit des Baltikums zu gewährleisten, steht Deutschland an Estlands Seite», betonte Gauck.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg mahnte derweil die USA zur ›Bündnistreue‹. Es war nur eine von vielen Ermahnungen, die in den letzten Tagen aus Europa über den grossen Teich Richtung USA schwappten – ein ungewohntes Bild, denn für gewöhnlich ist es Washington, das den Zeigefinger gegenüber seinen europäischen Verbündeten erhebt.

In ihrer Erklärung zum US-Wahlausgang betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel die ›Werte‹, die Deutschland und die USA miteinander verbänden: «Demokratie, Freiheit, Respekt vor dem Recht und der Würde des Menschen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder politischer Einstellung.» Die CDU-Politikerin gab damit dem designierten US-Präsidenten zu verstehen, dass dieser seine Hausaufgaben in Sachen ›gemeinsamer Werte‹ noch nicht gemacht habe.

«Auf der Basis dieser Werte biete ich dem künftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald Trump, eine enge Zusammenarbeit an», erklärte Merkel. Die Bundeskanzlerin stellt Bedingungen für eine Kooperation gegenüber Washington? Eine solch selbstbewusstes Auftreten liess die Kanzlerin in der Vergangenheit schmerzlich vermissen, sei es in der NSA-Affäre oder in ihrer (Nicht-)Haltung zum völkerrechtswidrigen US-Drohnenkrieg, der von der US-Basis in Ramstein aus koordiniert wird.

Bislang war Merkels Position gegenüber Washington durch duckmäuserisches Verhalten gekennzeichnet. Im Angesicht von Donald Trumps Präsidentschaft hat sie offenbar ihr Rückgrat wieder entdeckt, um sich für ›Werte‹ gerade zu machen. Von der New York Times, die Hillary Clinton im Wahlkampf unterstützt hatte, wurde die Bundeskanzlerin bereits zur ›letzten mächtigen Verteidigerin des liberalen Westens‹ ernannt.

Anti-Russland-Front: Bulgarien und Moldau scheren aus

Am Sonntagabend kamen die verbliebenen Verteidiger des liberalen Westens in Form der EU-Aussenminister in Brüssel zu einem Sondertreffen zusammen, um nach einer gemeinsamen Linie im Verhältnis zu den USA unter Trump zu suchen. Die Europäer müssten Einigkeit demonstrieren, sagte die Aussenbeauftragte Federica Mogherini. Geschlossen sind Europas Reihen aber nicht. Der britische Aussenminister Boris Johnson hatte am Brüsseler Treffen gar nicht erst teilgenommen, weil er dafür keine Notwendigkeit sah.

Noch während der Sitzung erteilte die Minister die Kunde vom nächsten Rückschlag hinsichtlich einer gemeinsamen Haltung des Westens gegenüber Russland: Bei der Präsidentschaftswahl am Sonntag in Bulgarien setzte sich der russlandfreundliche Ex-General Rumen Radew als Kandidat der Sozialisten deutlich mit gut 59 Prozent der Stimmen gegen die bürgerliche Regierungskandidatin Zvezka Zatschewa durch.

Die russlandkritische Haltung des prowestlichen Amtsinhabers Rossen Plewneliew hatte bei grossen Teilen der Bevölkerung für Verstimmung gesorgt. Radew, der sein Amt am 22. Januar 2017 antreten soll, kündigte schon in der Wahlnacht einen russlandfreundlichen Kurs an: Er wolle mit seinen Kollegen in der Europäischen Union über die Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Russland beraten. «Ich werde eng mit der Regierung zur Umsetzung einer Politik zur Aufhebung der Sanktionen arbeiten», fügte er hinzu.

Radew äusserte seine Hoffnung auf einen guten Dialog mit den Präsidenten der USA und Russlands. Besonders pikant für Brüssel: Mit dem Putin-Versteher Radew an der Staatsspitze soll Bulgarien die EU-Ratspräsidentschaft am 1. Januar 2018 übernehmen. Bulgariens Ministerpräsident Boiko Borissow zog bereits die Konsequenz aus dessen Wahlsieg und reichte am Montag den Rücktritt seines Mitte-Rechts-Kabinetts ein. Das ärmste EU-Land steuert offensichtlich erneut auf Neuwahlen zu – voraussichtlich im kommenden Frühjahr.

Die nächste Hiobsbotschaft erteilte die EU-Aussenminister kurz darauf: In Moldau konnte sich der prorussische Sozialist Igor Dodon bei der Stichwahl um das Präsidentenamt durchsetzen. Der 41-jährige kündigte an, bald zu Sondierungen nach Moskau zu reisen. Er strebe eine strategische Partnerschaft mit dem Kreml an, da die Menschen in Moldau von leeren Versprechungen der prowestlichen Regierung enttäuscht seien, sagte Dodon am Montag in der Hauptstadt Chisinau. Er errang der Wahlleitung zufolge 52,3 Prozent der Stimmen. Seine proeuropäische Rivalin Maia Sandu kam auf rund 47,7 Prozent.

«Die Vorteile unseres Westkurses haben die Nachteile der Abwendung von Russland nicht aufwiegen können», sagte Dodon – Moldau hatte 2014 ein Assoziierungsabkommen mit der EU geschlossen. Für den Fall seines Sieges hatte er eine Volksbefragung über die Aufhebung des EU-Abkommens angekündigt. Stattdessen soll sich Moldau der von Russland geführten Eurasischen Union anschliessen.

Obwohl Moldaus Präsident vor allem repräsentative Aufgaben wahrnimmt, beeinflusst er doch auch den ausenpolitischen Kurs des Landes. Der von der prowestlichen Regierung der Ex-Sowjetrepublik angestrebte Beitritt zur EU und NATO dürfte sich nach dem Sieg Dodons bei der als ›richtungsweisend‹ bezeichneten Präsidentschaftswahl vorerst erledigt haben. (mit dpa)

Quelle: <http://www.hintergrund.de/201611144149/politik/politik-eu/transatlantiker-in-der-eu-zunehmend-unter-druck.html>

Das Ende der Transatlantiker

Mittwoch, 16. November 2016, von Freeman um 17:00

Transatlantiker sind Leute aus Wirtschaft und Politik, die fest davon überzeugt sind, dass die Bundesrepublik Deutschland nur als angeschlossener Juniorpartner der Vereinigten Staaten von Amerika gedeihen kann. Sie finden sich in Seilschaften und «Clubs» zur Förderung besonders enger nordamerikanisch-deutscher Beziehungen, wie zum Beispiel in der Atlantik-Brücke e. V., gegründet 1952. Wer in Deutschland was werden will, muss angeblich in diesem Verein ein Mitglied sein. Für mich sind das alles Landesverräter, denn wie eben beschrieben, haben sie aus Deutschland einen Vasallenstaat gemacht, der von Amerika besetzt ist und der keinerlei Souveränität hat. Diese Typen müssen weg und der Verein wegen staatsfeindlicher Umtriebe verboten werden!!! Interessant ist nun, wie die USA den Spieß umdrehen und Russland beschuldigen, wie der Spiegel schreibt «Hilfskonvoi nahe Aleppo bombardiert».



Aber nicht nur Deutschland ist durch die Transatlantiker gegenüber Washington unterwürdig geworden, sondern auch die Europäische Union, wobei die Mitgliedsländer nichts anderes als Befehlsempfänger der US-Hegemonie sind. Washington diktiert neoliberale Finanzpolitik und Globalisierung und Europa führt die Befehle aus. Washington diktiert Regimewechsel und Kriege in Nordafrika, im Nahen- und Mittleren Osten und am Hindukusch und Europa gehorcht. Washington diktiert eine unverantwortliche NATO-Expansion und Aggression gegenüber Russland, Europa sagt «jawohl» und marschiert los.

Die Revolte der «Proleten», also der Mehrheit der hart arbeitenden Bevölkerung, die sich Europa und Amerika mit Brexit und dem Trump-Sieg abzeichnet, wird vom Establishment und von ihren Medien als «rechte» und als «rassistische» Bewegung bezeichnet. Was aber wirklich in Gange ist, wird am besten als Gegenschlag gegen das über jahrzehntelange Diktat durch die arrogante und besserwisserische Elite und ihre nützlichen Idioten der Gutmenschen, Feministen und der Links-Faschistischen beschrieben.

Die Elite hat mit verlogener Dialektik und Verdrehung der Bedeutung von Worten, also mit «orwellischem Neusprech», die Verarmung der Bürger als «Wettbewerbsfähigkeit», die Verschleuderung von Staatsbesitz als «Privatisierung» und die Angriffskriege als «humanitäre Interventionen» bezeichnet. Die Elite ist bereit und willig Kriege gegen Länder zu führen, für «Demokratie» und «Menschenrechte», während sie ihrer eigenen Bevölkerung diese Werte und Rechte mit dem «Krieg gegen den Terror» immer mehr wegnimmt.

Nigel Farage in England und Donald Trump in Amerika haben die breite Welle an Unzufriedenheit mit dem Establishment erkannt, um eine komplette Wende zu vollziehen. Keiner der Elite hätte es für möglich gehalten, dass die Briten aus der EU ausscheiden wollen und Amerika Donald Trump zum Präsidenten wählt. Was die Menschen gewählt haben ist Selbstbestimmung und Frieden, also keine Diktatur aus Brüssel und keine Konfrontation mit Russland.

Trump hat in Washington einen neuen Anfang versprochen, einen der nicht mehr die globalistische und transatlantische Agenda, NATO-Expansion und Kriege verfolgt. Diese neue Weltpolitik hat die Transatlantiker in Europa – in Merkels Deutschland und in Hollandes Frankreich – plötzlich ohne geopolitische Verankerung gelassen. Die Gezeiten des Wandels ändern sich und sie liegen plötzlich auf dem Trockenen.

Ist es nicht bezeichnend, dass ein Telefongespräch zwischen Trump und Putin am vergangenen Montag alle Transatlantiker in hysterische Panik versetzt? Nur ein freundliches Gespräch und die Medienhuren und Politiker in Brüssel, Paris und Berlin bekommen einen Nervenzusammenbruch. Warum? Weil die Verräter, die ihre ganze Karriere auf dem Verkauf von Russenhass aufgebaut haben, demnächst arbeitslos werden und ihre Pfründe verlieren.

Wie ein Fisch ausserhalb des Wassers zappeln sie, schnappen jetzt nach Luft und verstehen die Welt nicht mehr.

Sie versuchen ein letztes Aufbäumen und geben allen die Schuld, nur nicht sich selbst. Wer den Volkswillen ignoriert, wird bestraft, sag ich. Deshalb sind ihre Tage gezählt und der Zug der Geschichte fährt ohne sie in eine andere Richtung ab. Mit neuem Selbstvertrauen gestärkt werden wir einen Exit und eine Anti-Elite-Wahl nach der anderen erleben.

Mit Brexit und Trump gibt es eine längst fällige Erneuerung der Demokratie, welche endlich den Volkswillen durchsetzen lässt. Die Politiker und Medien haben jegliche Glaubwürdigkeit verloren und werden ignoriert. Die alte Ordnung mit ihrer verlogenen Anmassung von «liberalen Werten» wird demontiert, denn sie ist in Wirklichkeit eine neo-faschistische Diktatur mit ihrer aufgezwungenen politischen Korrektheit.

Lange genug haben die 1% uns 99% gesagt: «Wenn sie kein Brot haben, sollen sie doch Kuchen essen.» Fehlt nur noch, dass die europäischen Transatlantiker als Volksverräter aus ihren «Palästen» gejagt werden und dem gleichen Schicksal wie Marie-Antoinette und Louis XVI entgegensehen – bildlich gesprochen. Jedenfalls ist das Ende der Transatlantiker eingeläutet und die Brücke am Einstürzen!

Möge der Weg des Friedens und des Handels von den europäischen Hauptstädten bis nach Moskau und Peking reichen. China zusammen mit Russland und Iran bauen die neue Seidenstrasse schon länger, bauen Strassen, Eisenbahnen und Pipelines von Zentralasien nach Europa, in einer grossen Anstrengung, um neue Verbindungen mit Europa und dem Rest der Welt zu errichten. Im Osten liegt die Zukunft!!!

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2016/11/das-ende-der-transatlantiker.html#ixzz4QFU4Nddd>

Exit aus dem Brexit – Wie der europäische Mainstream das Votum der Briten für nichtig erklären will

16.11.2016 • 06:40 Uhr; von Pierre Lévy, Paris

Trumps Wahlsieg, das ist eine Art Brexit im Quadrat. Doch noch rund ein halbes Jahr nachdem die Briten für den Austritt aus der EU gestimmt haben, müht sich der Mainstream, das Votum für nichtig zu erklären. Pierre Lévy hat sich europäische Presseerzeugnisse genauer angeschaut.

Am 23. Juni 2016 haben sich 52 Prozent der britischen Wähler für den Austritt aus der Europäischen Union ausgesprochen. Wie ja leider vorauszusehen war, akzeptieren die Eliten der geschlagenen Seite ihre Niederlage einfach nicht.

Vor dem Hohen Gerichtshof von London ist, von «einem Friseur und einem Fondsverwalter» (wie die Initiatoren der Sache uns netterweise erläutern), Klage eingereicht worden. Das am 3. November darüber gefällte Urteil dieser Instanz besagt, dass die Parlamentarier über die Eröffnung des Scheidungsverfahrens von der EU bestimmen müssten. Die Regierung von Theresa May hat beim Obersten Gerichtshof, der sein Urteil im Dezember fällen wird, Berufung eingelegt. Das Ziel wird dabei gar nicht verschleiert: Es geht darum, den Brexit zu kippen, oder ihm doch zumindest jede Substanz zu nehmen. Die Regierungschefin bleibt stark: «Das Parlament hat abgestimmt, diese Entscheidung in die Hände des britischen Volkes zu legen, das entschieden hat. Meine Regierung wird dieses Mandat ausführen», rief sie am 6. November in Erinnerung. Man muss kein Verfechter von Theresa May sein, um diese Standhaftigkeit, die einem gesunden demokratischen Verstand entspricht, zu begrüssen.

Also mobilisieren die schlechten Anti-Brexit-Verlierer die internationale Presse. Die französischen Mainstream-Medien haben dem Thema «Es ist noch möglich, auf den Brexit zu verzichten» kürzlich eine Reihe von Kolumnen gewidmet. Zwei davon, die am 4. November und 27. Oktober in «Le Monde» veröffentlicht wurden, versinnbildlichen diese Geisteshaltung.

Der erste Text stammt von John Pendler, «ehemals Diplomat, heute Berater», der zweite von Philippe Legrain, der wirtschaftlicher Berater des Präsidenten der Europäischen Kommission war. Den beiden Engländern ist gemein, dass sie nicht in den Arbeitervierteln von Birmingham aufgewachsen, sondern zur sehr vornehmen London School of Economics gegangen sind. Sicherlich ein reiner Zufall.

John Pendler bringt zunächst vor, dass die Wähler, die für den Brexit gestimmt haben, «nur 37 Prozent» der eingetragenen Wähler repräsentieren und vergisst dabei klarzustellen, dass die Brexit-Gegner bei dieser Zählweise nur 34 Prozent ausmachten. Und sagt dann ohne mit der Wimper zu zucken: «Dass das Referendum vom 23. Juni nicht mehr dem Willen des Volkes entspricht, ist nunmehr eine Tatsache.»

Noch dazu «ist die Kampagne durch grob unrichtige Erklärungen seitens der Brexit-Befürworter beschmutzt worden.» Wie alle wissen, haben die Brexit-Gegner – die jeden Tag die Katastrophen überboten, die Grossbritannien im Fall einer Abstimmung zugunsten des Austrittes mit Sicherheit in den Untergang führen würden – eine schneeweisse Weste. Bisher sind die besagten Katastrophen noch nicht eingetroffen, ganz im Gegenteil.

Ausserdem, so rezitiert der Berater, «war das Referendum vom 23. Juni rein konsultativ», also «war die Regierung durch kein Gesetz verpflichtet, das Ergebnis umzusetzen.» Und als Sahnehäubchen zögert Herr Pendler, als er von der neuen Regierung und den Brexit-Befürwortern spricht, die zu ihren Mitgliedern ernannt worden sind, nicht, an einen «Staatsstreich» zu erinnern.

Man mag sich kaum vorstellen, was passiert wäre, wenn die britischen Bürger es gewagt hätten, für einen Verbleib in der Union zu stimmen. Wie hätten unsere unerbittlichen Lektionserteiler wohl reagiert, wenn die «Brexiter» mit der Begründung zur Umkehrung des Wahlergebnisses aufgerufen hätten, dass die Brexit-Gegner unter den eingetragenen Wählern in der Minderheit waren, oder die Abstimmung nur konsultativ war?

Philippe Legrain hat seinerseits ein anderes Register gezogen: Er ist empört über den «nationalistischen Kurswechsel», den Theresa May vollzogen hat. Diese habe eine «zutiefst antiliberalen Vision von der Zukunft des Vereinigten Königreiches, bestehend aus wirtschaftlichem Interventionismus, politischem Nationalismus und kultureller Fremdenfeindlichkeit», entrüstet sich der ehemalige Berater von Jose Manuel Barroso. «Diese nicht gewählte Premierministerin lehnt das liberal-konservative Manifest des ehemaligen Premierministers David Cameron (und) Margaret Thatchers Glauben an die Globalisierung ab.» Ein nicht wieder gut zu machendes Verbrechen.

Sie gibt sich nicht nur damit zufrieden, den «britischen Arbeitern britische Arbeitsplätze» zu verschaffen, nein, Frau May greift die globalisierten Eliten an, wütet Philippe Legrain. Letztere hatte anlässlich ihrer Rede beim kürzlichen Kongress der britischen Tories in Birmingham angemerkt, dass die Eliten «mit der Tatsache überfordert sind, dass 17 Millionen Wähler entschieden haben, die EU zu verlassen, ganz einfach weil diese Sorgen nicht Ihre Sorgen sind, wenn Sie aus wohlhabenden Kreisen stammen.»

Das hört man gar nicht ungerne. Die entfernte Nachfolgerin von Margaret Thatcher hat ausserdem dafür gesorgt, dass diese sich im Grab umdreht: «Der Staat ist dazu da, das zu liefern, was die einzelnen Menschen, die Gemeinschaften oder die Märkte nicht beibringen können.»

Solche Äusserungen sind natürlich unverzeihlich. Philippe Legrain prangert auch den «Chauvinismus an, der nicht nur verachtenswert, sondern auch absurd ist», weil er alle Investoren in die Flucht schlagen werde.

Aber dennoch haben unsere zwei Fluchenden in einem Punkt nicht Unrecht. «Ohne das Vereinigte Königreich wird die EU geschwächt sein, es könnte sogar ihren Zerfall bedeuten», warnt John Pendler, nicht ohne – wie für alle «Katastrophen» – klarzustellen, dass «es genau das ist, was Wladimir Putin will.»

Wir überlassen es dem russischen Präsidenten, auf die Verkündung seiner angenommenen Absichten zu reagieren. Aber der Austritt des Vereinigten Königreiches kündigt ja in der Tat den Anfang vom Ende der Union an. Eine Bewegung, die sich im übrigen noch beschleunigen könnte, wenn die Herren Pendler, Legrain und Konsorten durch ihre Anordnungsmentalität weiterhin die bemerkenswerte Auffassung von der Demokratie veranschaulichen, auf der die Europäische Union seit ihren Anfängen begründet war.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/meinung/43215-exit-aus-breit-paris-london-berlin/>

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2016
Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz